Band 2

GEWERKSCHAFTEN

Rote Gewerkschaftsinternationale

SALOMON SCHWARZ

Marxismus und die Gewerkschaftsfrage

KARL KORSCH

kollektiv
VERLAG

3.20

Rote Gewerkschaftsinternationale

SALOMON SCHWARZ

Marxismus und die Gewerkschaftsfrage

KARL KORSCH

Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44, Rolbergstr. 67
1. bis 2. Tausend
Printed in Germany 1972

Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67
1. bis 2. Tausend
Printed in Germany 1972

Rote Gewerkschaftsinternationale
SALOMON SCHWARZ

Marxismus
und die Gewerkschaftsfrage
KARL KORSCH

QUELLENANGABE

Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI)
von Salomon Schwarz
aus: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, S. 1348 - 1359

Die Wiederherstellung des Marxismus in der sogenannten "Gewerkschaftsfrage"
von Karl Korsch
aus: Kommunistische Politik, 2. Jahrg.,Nr.8, Berlin, 1. Mai 1927

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE (RGI) - S. Schwarz

1. Die Vorgeschichte der roten Gewerkschaftsinternationale 7
2. Der Gründungskongress 11
3. Die Einheitsfrontpolitik 16
4. Der neue Kurs 27
5. Die innere Struktur der RGI 37
6. Der Organisationsbestand der RGI 4o
7. Literatur 48

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS IN DER SOGENANNTEN "GEWERKSCHAFTS-FRAGE" - K. Korsch 53

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE (RGI) - S. Schwarz

1. Die Vorgeschichte der roten Gewerkschaftsinternationale 7
2. Der Gründungskongress 11
3. Die Einheitsfrontpolitik 16
4. Der neue Kurs 27
5. Die innere Struktur der RGI 37
6. Der Organisationsbestand der RGI 46
7. Literatur 49

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS IN DER SOGENANNTEN GEWERKSCHAFTS-FRAGE" - K. Korsch 53

QUELLENANGABE:

Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) - S. Schwarz
aus: Internationale Gewerkschaftsbewegung
von Salomon Schwarz
Verlag
Literatur

Die Wiederherstellung des Marxismus in der sogenannten Gewerkschafts-Frage
von Karl Korsch
aus: Kommunistische Politik, 2. Jahrg., Nr. 8,
Berlin, 1. Mai 1927

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE (RGI)

von Salomon Schwarz

1. DIE VORGESCHICHTE DER ROTEN GEWERKSCHAFTS-INTERNATIONALE

Die ersten Ansätze der Idee einer internationalen Sondergruppierung von Gewerkschaften, die bewußt sich als "linke" Gewerkschaften von den "reformistischen" Gewerkschaften zu distanzieren suchen, lassen sich bis 1917 zurückverfolgen. Auf der III. Allrussischen Gewerkschaftskonferenz, die im Juli 1917 in Petersburg tagte und in der Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung die Bedeutung des I. Allgemeinen Gewerkschaftskongresses hatte, wurde von der Opposition, deren Kern die bolschewistischen Delegierten bildeten, ein Antrag zu der Frage "Partei und Gewerkschaft" eingebracht, der insbesondere der russischen Gewerkschaftszentrale die Pflicht auferlegen wollte, "die Initiative zur Wiedererrichtung der internationalen Organisation der Gewerkschaften zu ergreifen unter Heranziehung nur solcher Gewerkschaften, die die Unterstützung des imperialistischen Krieges ablehnten und auch heute ablehnen und die den Boden des Klassenkampfes nicht verließen". Der Antrag war in seiner polemischen Formulierung bewußt gegen die "reformistischen" Gewerkschaften des Westens gerichtet. Die Konferenz lehnte ihn allerdings ab und äußerte sich im Rahmen der von Grinewitsch (vgl. d. Art.)

eingebrachten Entschließung über die Aufgaben der Gewerkschaften dahin, daß die russischen Gewerkschaften "die tatsächliche internationale Vereinigung der Gewerkschaften anzustreben" haben, sowie im Rahmen der Entschließung Kolokoljnikow (vgl. diesen Artikel) über den Organisationsaufbau der Gewerkschaften dahin, daß die russischen gewerkschaftlichen Zentralverbände sich den internationalen Berufssekretariaten anschließen und "die weitere Entwicklung und Festigung der bestehenden internationalen Vereinigungen sowie die Schaffung solcher in denjenigen Industrien,wo diese noch nicht bestehen", anstreben sollen.

Hier kamen erstmalig in der russischen Gewerkschaftsbewegung die gegensätzlichen Auffassungen zum Ausdruck, die sich später auf die Formel: Amsterdam oder Moskau zugespitzt haben. Die russischen Gewerkschaften stellten sich also im Sommer 1917 - in späterer Terminologie ausgedrückt - auf den "Amsterdamer" Boden.

Anfang 1918 ging die Leitung der russischen Gewerkschaften in die Hände der Bolschewiki über, die sofort die Initiative der Wiedererrichtung der Gewerkschaftsinternationale an sich zu reißen suchten. Der Beschluß des I. Russischen Gewerkschaftskongresses (Jan. 1918), zum 15. Februar 1918 eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Petersburg einzuberufen, blieb aber auf dem Papier und wurde bald - bei der äußersten Verschärfung der gesamten politischen Lage in Rußland - völlig vergessen. Erst im Herbst 1919 wandte sich der Zentralrat der Gewerkschaften erneut dem Problem zu, um in einem sehr scharf

gegen "die offiziellen Führer der Gewerk - schaftsbewegung" zugespitzten Aufruf an die Gewerkschaften Europas und Amerikas die "auf dem Boden eines wahrhaft revolutionären Klassenkampfes für die Befreiung der Arbeit von der Ausbeutung durch das Kapital auf dem Wege durch die Diktatur des Proletariats" stehenden Gewerkschaften aufzufordern, "die Reihen gegen die internationale Liga der Räuber (gemeint war der Völkerbund) zu schließen, mit der Internationale der Kompromißler zu brechen und gemeinsam mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften an die Organisation einer wirklich internationalen Konferenz der revolutionären sozialistischen Gewerkschaften und Arbeitersyndikate heranzutreten".

Aber auch dieser Versuch fand keinen Widerhall, und erst in dem darauf folgenden Jahre gewann die Idee allmählich greifbare Formen. Bestimmend für die weitere Entwicklung war zunächst der Beschluß des III. Allrussischen Gewerkschaftskongresses im April 1920, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen und "die revolutionären Gewerkschaften aller Länder aufzufordern, dem Beispiel des russischen gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu folgen". Der Kongreß beschloß auch, dem Zentralrat der Gewerkschaften aufzuerlegen, "organisatorische Verbindungen mit allen ausländischen Gewerkschaften anzuknüpfen, die den revolutionären Kampf um den Sturz des Kapitalismus führen, sowie mit revolutionären Minderheiten in denjenigen Verbänden, die noch auf dem alten Standpunkt stehen".

Am 16.Juni 1920 wurde schließlich "die I.Konferenz von Vertretern der revolutionären Gewerkschaften Großbritanniens, Italiens und Rußlands" abgehalten. Die Konferenz (richtiger die Sitzung) wurde nicht vom Zentralrat der russischen Gewerkschaften, sondern vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einberufen und vom Vorsitzenden dieses Exekutivkomitees, Sinowjew, geleitet. An der Konferenz beteiligten sich neben den russischen Vertretern einige englische und italienische Gewerkschaftsführer, die gerade in Moskau anwesend waren, ohne von ihren Organisationen zur Teilnahme an einer solchen Konferenz beauftragt zu sein. Die russischen Vertreter suchten auf der Konferenz den Gedanken durchzusetzen, daß die neue Gewerkschaftsinternationale eine Sektion der Komintern bilden sollte. Dieser Gedanke fand aber wenig Sympathien und wurde vorerst zurückgestellt. Die Konferenz erklärte sich zu einer privaten Konferenz und sprach sich aus für die Einberufung "einer besser beschickten und aus legitimierten Vertretern bestehenden Konferenz der revolutionären Gewerkschaften zum Zwecke der Schaffung einer wahren Gewerkschaftsinternationale, die in keinerlei Zusammenhang steht mit dem kapitalistischen Völkerbund und mit den sogenannten Führern der Arbeiterbewegung, die während des Krieges als Sozialpatrioten und Chauvinisten wirkten und die gleiche Politik bis zum heutigen Tage fortsetzten". Die Einberufung einer solchen Konferenz wurde einer besonderen Kommission zugewiesen; sie wurde aber niemals abgehalten, sondern die Gründung der neuen Gewerkschaftsinternationale erfolgte im Wege der Verhandlungen zwischen den Vertretern der russischen

und verschiedener anderer Gewerkschaften bzw. kommunistischer Parteien, die im Sommer 1920 in Moskau weilten. So wurden die provisorischen Satzungen des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände, wie die neue internationale Organisation zuerst bezeichnet wurde (russische verkürzte Bezeichnung: Meschsowprof), ausgearbeitet, und am 15. Juli 1920 wurde die neue Gewerkschaftsinternationale offiziell ins Leben gerufen.

Der organisatorische Aufbau der neuen Gewerkschaftsinternationale und insbesondere ihr Verhältnis zu der Komintern blieben vorerst unklar. Die provisorischen Satzungen des Internationalen Rates sahen die Vertretung des Rates in dem Exekutivkomitee der Komintern und umgekehrt vor. Der Gedanke, daß der Internationale Rat lediglich eine Sektion der Komintern bilde, wurde jedoch in den maßgebenden kommunistischen Kreisen nicht aufgegeben, sondern ausdrücklich vom II. Kongreß der Komintern (im August 1920) zum Beschluß erhoben und auch in den Kundgebungen der russischen Führer des Internationalen Rates wiederholt zum Ausdruck gebracht. Die Klärung der Frage sollte erst der I. Kongreß der neuen Gewerkschaftsinternationale bringen.

2. DER GRÜNDUNGSKONGRESS

Der I. Internationale Kongreß der roten Fach- und Industrieverbände, wie seine offizielle Bezeichnung lautete, wurde vom 3. bis 19. Ju-

li 1921 in Moskau abgehalten (wo auch alle späteren RGI-Kongresse tagten) und legte vor allem die organisatorische Grundlage an der neuen Internationale fest. Der Gedanke an eine Sektion im Rahmen der Komintern mußte, in Anbetracht der Opposition seitens fast aller nichtrussischen Delegierten, fallengelassen werden. Die neue Organisation sollte eben eine Gewerkschaftsinternationale für sich sein, mit einer festen inneren Bindung. In Verbindung damit wurde auch ihr Name präzisiert: sie sollte nicht mehr Internationaler Rat usw., sondern die Rote Gewerkschaftsinternationale (russische abgekürzte Bezeichnung: Profintern) heißen; das Unschlüssige, wie es in der ursprünglichen Bezeichnung zu liegen schien, wurde somit abgestreift.

Die innere Struktur der RGI sollte von der des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) (vgl. d. Art.) grundverschieden sein.Der IGB ist eine internationale Vereinigung der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Die RGI sollte hiergegen eine internationale Zusammenfassung von Organisationen verschiedenster Art sein: Landeszentralen, internationale Berufsvereinigungen, nationale Verbände, örtliche Gewerkschaftsorganisationen, oppositionelle Minderheiten in den "Amsterdamer" Gewerkschaften. In dieser eigentümlichen Struktur der RGI kam ihr Wesen deutlich zum Ausdruck: Die RGI sollte nicht, wie der IGB,den organischen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften von unten nach oben fördern, sondern vor allem ein Instrument zu einer ideologischen Beeinflussung der Bewegung in verschiedenen Ländern von oben nach unten sein. So kam es daher weniger auf Klar-

heit und Einheitlichkeit des organisatori - schen Aufbaues als vielmehr auf die mögliche Vielheit und Vielgestaltigkeit der Verbindungen und folglich auch der Beeinflussungsmöglichkeiten, zugleich aber auch auf eine stärkere Unterordnung der einzelnen Glieder der Internationale unter die Zentrale.

Dieser Charakter der RGI machte in ihr das Bedürfnis nach einer schärferen Abgrenzung gegenüber dem IGB besonders lebendig. Der Kampf gegen den IGB bildete das eigentliche Element der neuen Internationale. Dies kam bereits in zugespitzer Form in der Präambel zu den Satzungen der RGI zum Ausdruck: "Der Internationale der Kraftlosigkeit, des Wirrwarrs und der Dienstbereitschaft vor der Bourgeoisie, als welche die Amsterdamer Internationale bezeichnet werden kann, muß die Internationale der revolutionären Aktion und der Aktivität entgegengestellt werden. Eine Internationale, welche gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale die Arbeiterklasse organisiert, um die Vernichtung der Bourgeoisie, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, ferner die Besitzergreifung der Produktionsmittel und die Einführung des Kommunismus durchzusetzen." Die Satzungen be - stimmten ferner, daß eines der Ziele der RGI sei "die Führung des entschiedenen Kampfes gegen das Internationale Arbeitsamt (vgl. diesen Artikel) beim Völkerbund und gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, die infolge ihrer Programme und ihrer

Taktik als Stützpunkte der internationalen Bourgeoisie zu betrachten sind". In gleicher und noch schärferer Weise wurde die Feindseligkeit gegenüber dem IGB in einer Reihe weiterer Beschlüsse des Kongresses zum Ausdruck gebracht. Von einer Einheitsfront des Proletariats war dabei auf dem Kongreß überhaupt nicht gesprochen. Dies geschah erst später. Der Kongreß hielt es vielmehr für notwendig, ausdrücklich zu betonen (in der Entschließung über die Organisationsfrage), daß die Parole "Heraus aus den Gewerkschaften" zwar abzulehnen sei, daß aber auch "der Organisationsfetischismus" und die Parole "Einheit um jeden Preis" "auf das entschiedenste" zu verwerfen sind. "Die revolutionären Gewerkschaften sind gegen die Spaltung, sie sind für die Einheit, sie fürchten sich aber nicht vor der Spal - tung."

Das Organisationsverhältnis zu der Kommunistischen Internationale wurde, wie erwähnt, nicht im Sinne der Eingliederung in dieselbe, mit anderen Worten nicht im Sinne der Unterordnung, sondern formell im Sinne der Nebenordnung gestaltet. In einer besonderen Resolution beschloß der Kongreß, "möglichst enge Verbindung mit der III. Internationale, als der Avantgarde der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt (in der Betonung, daß die Komintern die eigentliche Avantgarde der Arbeiterbewegung ist, sollte wohl der Rest der früheren Auffassung zum Ausdruck gebracht werden), in der Form gegenseitiger Vertretung in den Exekutivorganen beider Internationalen, gemeinschaftlicher Beratungen und dergleichen anzuknüpfen" und "dieser Verbin-

dung einen organischen und geschäftlichen Charakter zu geben, der in gemeinschaftlicher Vorbereitung revolutionärer Aktionen und in einheitlicher Durchführung derselben in nationalem und internationalem Maßstabe Ausdruck finden muß". Aber auch dieser Beschluß konnte erst nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den Syndikalisten angenommen werden und bezeichnenderweise sahen die vom Kongreß beschlossenen Satzungen der RGI lediglich die Vertretung der RGI in dem Exekutivkomitee der Komintern (durch drei Delegierte mit entscheidender Stimme) vor, nicht aber die Vertretung der Komintern in der Exekutive der RGI.

Die Zusammenarbeit mit den Syndikalisten hat auch in ideologischer Hinsicht die neue Internationale beeinflußt. Das vom Kongreß beschlossene "Aktionsprogramm" der RGI betonte, daß "die taktische Grundlage" der Gewerkschaftsbewegung "die direkte Aktion der revolutionären Massen und ihrer Organisationen" bilden soll. Als "eine der ernsten Kampfformen" wurde die bekannte Taktik der "Besetzung der Betriebe" und der "Kontrolle der Produktion" ("bevor die Regierung und die herrschenden Klassen Kontrollsurrogate erfunden haben") empfohlen, wobei diese "Kontrolle" ausdrücklich "jener Erpressungs- und Betrugspolitik der Sozialisierung, mit der sich die Führer der alten Gewerkschaften mit Hilfe der herrschenden Klassen befassen", entgegengesetzt wurde.

3. DIE EINHEITSFRONTPOLITIK

Die RGI suchte von Anfang an, den unversöhnlichen Gegensatz zu dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu betonen. Logisch schien es naheliegend zu sein, daß der Trennungsstrich auch gegenüber den "Amsterdamer" Verbänden gezogen wird. Die Tatsache aber, daß "die alten Gewerkschaften gegenwärtig eine vielmillionenköpfige Arbeitermasse umfassen", daß neue Gewerkschaften nur "kleine Organisationen" sein könnten, ließ die RGI sich für die Taktik der "Eroberung der Gewerkschaften" entscheiden. Die Eroberung sollte mit Hilfe der Z e l l e n - T a k t i k geschehen, wie sie von der Komintern ausgearbeitet, von dem RGI-Kongreß stillschweigend gebilligt wurde. Von der ausdrücklichen Billigung des Zellengedankens sah man allerdings auf dem RGI-Kongreß aus taktischen Erwägungen ab, man beschränkte sich vielmehr auf die Ablehnung der von der Gelsenkirchener Freien Arbeiterunion eingebrachten Entschließung, die die Zellentaktik (und zugleich die Taktik der Eroberung der alten Gewerkschaften) verurteilte.

In der Praxis wirkte sich die Eroberungstaktik als eine Taktik aus, die sich gegen die innere Geschlossenheit und gegen die Einheit der Gewerkschaften richtet. Der organisierten Arbeiterschaft ist aber ein spontanes Streben zur Wahrung der Einheit der Bewegung eigen, und jeder Versuch, diese Einheit zu zerstören, wird daher von der Arbeiterschaft sehr unfreundlich empfunden und kann nur schwer auf einen Erfolg rechnen. Die Erobe-

rungstaktik, wie sie 1920 und 1921 gepflegt wurde, mußte daher nach Mitteln suchen, dieses instinktive Mißtrauen seitens der breiten Schichten der organisierten Arbeiterschaft zu überwinden. Diesem Ziel sollte die Parole der Einheitsfront dienen.

Das Problem wurde in der Komintern und in der RGI bereits wenige Wochen nach dem RGI-Kongreß (und dem ihm unmittelbar vorangegangenen III. Kongreß der Komintern) aufgerollt, wobei es sich sehr bald herausstellte, daß man in den führenden Kreisen der RGI (und der Komintern) mit der Parole der Einheitsfront weit divergierende Gedankengänge verknüpfte. In der von dem Exekutivbüro der RGI im September 1921 erlassenen Botschaft über die Offensive des Kapitals, in der die Idee der Einheitsfront erstmalig von der RGI aufgerollt wurde, wurde die Notwendigkeit der "Einheit der proletarischen Front" hervorgehoben, wobei es sich ausdrücklich um die Einheitsfront "der revolutionären Arbeiter" mit "den Arbeitern reformistischer Amsterdamer Gewerkschaften" (allerdings nicht um die Einheitsfront mit den Amsterdamer Verbänden) handelte. In der im Oktober 1921 erschienenen Schrift Losowskys (vgl. diesen Artikel), in der das Aktionsprogramm und die Taktik der RGI erläutert wurden, wurde hiergegen als aktuelle Aufgabe nur die Errichtung "der Einheitsfront aller revolutionärer Kräfte" hervorgehoben und erst nach der Erfüllung dieser Aufgabe sollte es angebracht sein, "die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse", "an die Zusammenfassung aller Organisationen zu einer einzigen Kampfeinheit zu denken beginnen".

Erstmalig wurde das Problem der Einheitsfront vor einem größeren Forum in der Sitzung des Zentralrates der RGI (einer Art Konferenz der RGI) Ende Februar 1922 behandelt, wobei in den zwei Referaten, durch die die Aussprache eingeleitet wurde, die Auffassung von der Einheitsfronttaktik als von einem Manöver, das "die reformistisch denkenden Arbeiter in Gegensatz zu ihren Führern bringen, die aktiven Massen von ihren passiven Führern lösen wird" (Losowsky), einerseits, und die Neigung, den Einheitsfrontgedanken ernsthaft als solchen zu pflegen (Brandler), andererseits, deutlich zum Ausdruck kamen. Beide Auffassungen waren noch nicht bis in ihre letzten Konsequenzen durchdacht, ihre Gegensätzlichkeit noch nicht voll erkannt, was auch in der Entschließung d des Zentralrates seinen Widerhall gefunden hat. Die Praxis der Einheitsfront-Taktik entwickelte sich aber immer deutlicher im Sinne der Losowskyschen Auffassung, die auch die Auffassung der Exekutive der Komintern war.

Auf dem 2. Kongreß der RGI (vom 19. November bis 3. Dezember 1922) wurde das Problem eingehend erörtert. Der Manöver-Charakter der Einheitsfrontpolitik wurde hier deutlich in den Ausführungen des Referenten Heckert unterstrichen. Nach einer Reihe schärfster Ausfälle gegen die Amsterdamer "Gewerkschaftsbürokratie", die "die ständige Stütze der Kapitalisten" sei, betonte Heckert die Notwendigkeit der Einheitsfront: "Hätten wir heute den Arbeitern gesagt, daß die Amsterdamer Verräter seien und daß man daher die alalten Verbände verlassen und eine neue Organisation aufbauen solle, so hätten uns die

Arbeiter geantwortet: 'Jede Spaltung nützt den Kapitalisten.' Die Arbeiter wollen ihre Verbände erhalten,sie wollen den Feind vernichten, indem sie in einer Einheitsfront kämpfen." Die Einheitsfront-Parole sollte so mit den Kampf gegen die "Amsterdamer",die Gewinnung der Sympathien der Arbeiterschaft für die RGI und zugleich die Bekämpfung der Abwehrmaßnahmen der Amsterdamer Gewerkschaften gegen die Zersetzungsarbeit der RGI-Anhänger erleichtern. Sehr drastisch kamen diese Gedankengänge in der Entschließung des Kongresses zum Ausdruck: "Die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten opfern die Interessen des Proletariats der Rettung des kapitalistischen Staates"; sie sind "konterrevolutionär", sie sind "freiwillige Agenten der Bourgeoisie", sie "verhelfen der Weltbourgeoisie zu immer neuen Siegen über die Arbeiterklasse"; "der Verlust ihrer Positionen in der bürgerlichen Gesellschaft macht die Amsterdamer besonders haßerfüllt gegen die revolutionären Arbeiter"; "die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie steht ihnen höher als die Einheit der Gewerkschaften" usw. In dieser Art soll der Kampf der RGI-Anhänger innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften entfacht werden. Sollten diese zu Repressivmaßnahmen gegenüber den RGI-Anhängern greifen, so haben diese in der Einheitsfront-Parole die Deckung zu suchen: "Wie die Amsterdamer gezwungen sind, um ihre Politik fortsetzen zu können, die Arbeitsklasse zu zersplittern und ihre Gewerkschaften zu spalten, so müssen umgekehrt die revolutionären Arbeiter für die Einheitsfront kämpfen und die Einheit der Arbeiterklasse wiederherstellen". Daß daneben in der Entschließung

des Kongresses selbst betont wurde, daß "ohne Einheitsfront kein Sieg über das Kapital möglich sei", daß "um den Abwehrkampf gegen das Kapital aufnehmen zu können, aus ihm die Gegenoffensive zu entwickeln, die Bildung der Einheitsfront die erste Vorbedingung ist", gehörte eben zu der Taktik der Einheitsfront.

In den darauf folgenden Jahren wurde die Einheitsfrontpolitik immer mehr zu dem eigentlichen Wesen der gesamten Politik der RGI und der Komintern. Sie wurde besonders eingehend auf dem 5. Kongreß der Komintern (vom 17.Juni bis 8. Juli 1924) und dem 3. Kongreß der RGI (vom 8. bis 22. Juli 1922) erörtert. Auf dem Kongreß der Komintern war es natürlich nicht das spezielle Problem der gewerkschaftlichen Einheitsfrontpolitik, sondern das allgemeine Problem der proletarischen Einheitsfront, welches im Vordergrund stand. Bereits in dem Bericht des Exekutivkomitees der Komintern hat Sinowjew den Sinn der Einheitsfrontpolitik mit aller Schärfe präzisiert: "Es hat sich herausgestellt, daß manche Genossen es nicht verstanden haben, daß die Taktik der Einheitsfront für die Komintern lediglich eine Methode der Agitation und der Mobilisation der Massen ist". Als Radek darauf in der Debatte gegen Sinowjews Ausführungen polemisierte und für die "ehrliche und offene" Durchführung der Einheitsfronttaktik sich einsetzte, wurde er auf das Entschiedenste zurückgewiesen. In einer direkten Polemik gegen Radek führte Bucharin aus, daß die Taktik der Einheitsfront "das Ziel verfolgt, in den Massen zu agitieren, sie zu mobilisieren und den Gegner zu entlarven", die Entlarvung der "Reformisten" sei eben "das Wichtigste" in der Ein-

heitsfronttaktik. Diese Gedankengänge wurden in der Entschließung des Komintern-Kongresses wie folgt formuliert:

"Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für eine ganze Periode. Alle Versuche, diese Taktik als eine politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie auszulegen, sind ein Opportunismus, der von der Komintern verworfen werde...Die Einheitsfront war und bleibt die Taktik des revolutionär-strategischen Manövers des von allen Seiten von Feinden umzingelten kommunistischen Vortrupps im Kampfe in erster Linie gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie und keineswegs eine Taktik des Bundes mit diesen Führern."

Bei der Erörterung des Problems der gewerkschaftlichen Einheitsfront brauchte der Kongreß der Komintern nicht mehr lange zu verweilen. Es handelte sich vor allem um die Frage über die eventuellen Verhandlungen der RGI mit dem Internationalen Gewerkschafts - bund betreffs Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit der Gewerk - schaftsbewegung. Die Bedeutung der Einheitsfronttaktik wurde bei dieser Gelegenheit mit besonderer Klarheit von Sémard (Frankreich) begründet: "Wir glauben, daß die Taktik der Einheit ein Mittel ist, an reformistische, von ihren Führern betrogene Massen heranzukommen und ihnen den Verrat ihrer Führer zu beweisen ... Ich behaupte, daß, wenn man in einem beliebigen Lande die Proletarier - mögen sie Reformisten oder Revolutionäre sein-

fragt,ob sie für oder gegen die Einheit sind, alle Arbeiter sich für die gewerkschaftliche Einheit aussprechen werden. Es wäre dumm,dieses Streben der breiten Massen zur gewerkschaftlichen Einheit nicht auszunutzen. Werden wir denn so dumm sein, diesen Drang zur Einheit nicht auszunutzen, um die sozialdemokratischen Führer zu schlagen?"Ähnlich äußerten sich zahlreiche weitere Redner, wobei Losowsky insbesondere auf die eventuellen Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund einging: "Das wichtigste für uns ist, ob der Vorschlag, den wir den Amsterdamern machen werden, uns die Möglichkeit geben wird, noch näher an die Massen heranzutreten, die sich in den reformistischen Gewerkschaften befinden. Es ist für uns von Bedeutung, wenn wir auf der Grundlage unserer Vorschläge in die reformistischen Verbände eindringen können, wenn es möglich sein wird - mag es auch unter dem Risiko geschehen, zwei bis drei Tage in der Gesellschaft der Herren Jouhaux & Co zu leiden - noch weitere Sympathien der Arbeiterklasse für uns zu gewinnen ... Am wenigsten denke ich an die Liquidation der RGI. Unsere Taktik wird gerade das Gegenteil erreichen: die Liquidation der Amsterdamer Internationale."

Der Kongreß der RGI, der dem Komintern-Kongreß unmittelbar folgte, ging stillschweigend von den Komintern-Beschlüssen aus. Eine Auseinandersetzung mit den "rechts"-oppositionellen Anhängern einer "ehrlichen" Einheitsfrontpolitik konnte unter diesen Umständen unterbleiben. Die Einheitsfrontpolitik wurde auf dem Kongreß in einem Referat Losowskys

begründet als eine Methode zu "einer kolossalen Steigerung unserer revolutionären Energie" im Kampfe gegen die "Reformisten": sie soll ein Mittel sein, die Amsterdamer Verbände "auf den Kopf zu stellen, die Reformisten aus ihnen zu vertreiben und die ganze Energie des revolutionären Teils der Arbeiterklasse auf das Erfassen der Massen zu richten." Die gleichen Gedankengänge, wenn auch in einer vorsichtigeren Formulierung, kamen in der Entschließung des Kongresses zum Ausdruck.

In der praktischen Ausgestaltung der Einheitsfrontpolitik hat der Kongreß auch einen neuen Gedanken gebracht: "Die Einberufung eines Internationalen Einigungskongresses der Gewerkschaften, auf dem - aufgrund einer Verhältniswahl - die den beiden Internationalen (Moskau und Amsterdam) angeschlossenen Gewerkschaften vertreten sein sollen, um für die neue vereinigte Internationale gemeinsame Satzungen auszuarbeiten und Vollzugsorgane zu wählen." Die völlige Erfolglosigkeit des Kampfes gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund war es, die die Führer der RGI dazu bewegte, diese neue Schwenkung zu versuchen. Worauf es dabei ankam, wurde wenige Monate später auf dem VI. Russischen Gewerkschaftskongreß (im November 1924) von Losowsky erläutert:

"Wir wissen, welch ein Abgrund uns Kommunisten von den Reformisten trennt; wir wissen, daß wir in allen grundsätzlichen und praktischen Fragen verschiedene Stellung einnehmen, daß in den wichtigsten Fragen der internationalen Bewegung wir auf den entgegengesetzten Polen stehen und trotzdem schlagen wir vor,

einen Kongreß gemäß den demokratischen Prinzipien einzuberufen. Der Kongreß mag entscheiden, wer die Mehrheit hat, und wir sagen, im voraus, daß, auch wenn wir in der Minderheit sein werden, wir innerhalb der Internationale verbleiben werden. Ihr werdet regieren, und wir werden für die Durchführung unserer Prinzipien in den Massen der Arbeiterschaft kämpfen."

Von einer Bindung an die Beschlüsse des zukünftigen Kongresses, von einer sachlichen Einigung auf dem Kongreß wollte man nichts wissen: wollte man doch "in allen (!) grundsätzlichen und praktischen (!) Fragen" entschieden ("Abgrund"), uneinig sein, und diese "polare" Uneinigkeit suchte man erst recht zu unterstreichen. Die organisatorische Einheit sollte nur dazu dienen, den Kommunisten zu ermöglichen, den Kampf gegen die Amsterdamer "Verräter" innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften auf einer breiteren Grundlage zu führen.

Die Idee des Einigungskongresses war der Hoffnung entsprungen, Meinungsverschiedenheiten, wie sie innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dessen Wiener Kongreß (im Juni 1924) zutage traten (englische Anregung, Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften ohne Vorbedingungen anzuknüpfen), auswerten und verschärfen zu können. Bereits in einem Presseinterview nach dem Wiener Kongreß warf Losowsky den Gedanken des Einigungskongresses auf, und am gleichen Tage drückte er in einem Artikel in der "Prawda" seine Hoffnung auf "die Erweiterung des Risses (innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbun-

des), die Verschärfung des politischen Ideenkampfes und den organisatorischen Zerfall der Amsterdamer Internationale aus".

In der zweiten Hälfte 1924 wurde dann versucht, das Manöver zu erweitern und eine Art Einigung mit den englischen Gewerkschaften zu erreichen. Da es aber bald offensichtlich wurde, daß die Engländer nicht geneigt waren, sich auf eine Sondervereinbarung mit der RGI einzulassen und zu dem Internationalen Gewerkschaftsbund treu hielten, wurde die Aktion auf einer anderen Grundlage eingeleitet. Es wurde ein Versuch unternommen, durch direkte Verhandlungen zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union und dem Generalrat der englischen Gewerkschaften einen englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschuß zu bilden, der die internationale Einheit fördern sollte. Die Engländer versuchten in dem Ausschuß, die russischen Gewerkschaften und durch sie auch andere "rote" Gewerkschaften zum Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu bewegen; die russischen Gewerkschaftsführer suchten - in der Hoffnung auf die Zersetzung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale - zu manövrieren. Sie mußten aber bald einsehen, daß ihre Hoffnung trügerisch war, und in den Reihen der russischen Gewerkschaftsführer selbst zeigte sich allmählich die Neigung, ernsthaft an den Gedanken der internationalen Einheit heranzutreten. Es war der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjet-Union, Tomski, der sich diesen Ge-

danken immer mehr zu eigen machte, und auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union Ende Dezember 1925 trat er mit großer Schärfe gegen die "heuchlerische und doppelzüngige" Politik Losowskys auf, die er als einen Versuch charakterisierte, "unter dem Schein der Einheit, mit den Worten von der Einheit auf den Lippen zur Spaltung zu treiben und zu glauben, daß es niemand merken wird". Tomski (vergleiche diesen Artikel) forderte den Kongreß auf, sich "ehrlich und aufrichtig" für die internationale Einheit zu entscheiden und den Weg zu dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund den russischen Gewerkschaften nicht absolut zu versperren. Diese Erklärung Tomskis rief große Unruhe in den internationalen kommunistischen Kreisen hervor, und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union sah sich kaum zwei Wochen nach dem Parteikongreß veranlaßt, in einem Schreiben "an alle Sektionen der Komintern" Tomski zu desavouieren und "alles konterrevolutionäre Geschwätz über den beabsichtigten Anschluß der Gewerkschaften der Sowjet-Union an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund auf das entschiedenste zurückzuweisen". Die scharfe Form dieser Erklärung sollte wohl allen Versuchen, auf den von Tomski empfohlenen Weg zurückzukehren, den Riegel vorschieben und hat auch dieses Ziel erreicht. Tomski selbst hat sich bald des besseren besonnen. Der englisch-russische Ausschuß verfiel immer mehr dem Siechtum und wurde schließlich im Herbst 1927 für aufgelöst erklärt.

Die Einheitsfrontpolitik starb um diese Zeit bereits sichtlich ab. Die Neuorientierung,

von den Führern der RGI noch seit der ersten Hälfte 1926 allmählich eingeleitet, kam insbesondere in den Warnungen vor der Über - schätzung der Bedeutung der Einheit zum Ausdruck, wie auch in der betonten Gleichstellung der Amsterdamer mit den nicht-sozialistischen Gewerkschaften: "Man muß mit dem alten Vorurteil Schluß machen, als ob die Reformisten uns näher stehen, als die Nationalisten oder die Liberalen; wie diese sind auch jene in gleichem Maße unsere Feinde", verkündete Losowsky erstmalig im März 1926, und seit jener Zeit wurde dieser Gedanke immer wieder in den Vordergrund gerückt. Da aber der Gedanke an eine Einheitsfront mit den liberalen, christlichen, nationalisti - schen und ähnlichen Verbänden nicht einmal aufgeworfen wurde, so artete diese Einheitsfrontpolitik immer mehr zu einem Versuch, die "Einheitsfront" mit den in den nichtkommunistischen Verbänden organisierten Arbeitern gegen ihre eigenen Organisationen aufzurichten, d. h. zu einem genauen Gegenteil einer wahren Einheitsfront. So wurde allmählich die taktische Umstellung vorbereitet, die dann auf dem IV. Kongreß der RGI vorgenommen wurde.

4. DER NEUE KURS

Die Hoffnung, die Gewerkschaften für die RGI mit Hilfe der Einheitsfrontpolitik, wie sie oben geschildert wurde, zu "erobern", wurde von den RGI-Führern zu Beginn des Jahres 1928 aufgegeben. "Es wäre utopisch," glauben zu

wollen", schrieb am Vorabend des IV. RGI-Kongresses Losowsky, "daß sich der Apparat der Gewerkschaften mit normalen gewerkschaftlichen Methoden erobern läßt ... Man darf sich über die Möglichkeit, die Spitze der Gewerkschaften zu erobern, keinen Illusionen hingeben ... Die reformistischen Gewerkschaftsspitzenhat ihr Schicksal mit dem des bürgerlichen Staates verbunden, sie wird zusammen mit ihm gestürzt werden. Soweit nun in den meisten Ländern der Sturz des bürgerlichen Staates gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht, wird man offensichtlich die Frage des Kampfes um die Leitung der Massen auf einem anderen Wege lösen müssen".

Sollte es nun heißen, daß jetzt Parallelverbände geschaffen werden, daß die RGI offen zu einer Gewerkschaftsspaltung aufruft? In den führenden RGI-Kreisen war man sich wohl bewußt, wie gering die Chancen einer offenen Gewerkschaftsspaltung sind, und so empfahl Losowsky zu versuchen, auf eine andere Art das Problem zu lösen: durch Schaffung kommunistischer Parallelleitungen in den "reformistischen" Verbänden: "Der Dualismus ist unvermeidlich, d. h. unvermeidlich sind zwei Leitungen innerhalb einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation", die eine - die satzungsmäßige, die andere - die "revolutionäre", die sich nicht um die Verbands-l e g a l i t ä t kümmert und insbesondere während der Wirtschaftskämpfe in Erscheinung tritt: "Betrachtet man die Dinge unter dem Gesichtswinkel der Satzungen, dann freilich haben die Arbeiter kein Recht, gegen den Willen ihres Verbandes zu streiken. An sich ist das aber nicht nur ihr Recht, sondern ihre

Pflicht". Man muß die Massen "warnen", "daß sie im entscheidenden Moment stets die reformistischen Führer gegen sich haben werden. Damit bereiten wir die Möglichkeit von Aktionen der Massen gegen die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen", was "uns" ermöglichen wird,"uns an die Spitze der anwachsenden Bewegung zu setzen, ohne uns um Formalitäten und "erworbene Rechte" der Gewerkschaftsbürokratie zu kümmern". Und nun noch schärfer: "Der Kampf zwischen den Anhängern der RGI und den Amsterdamern ist ein Klassenkampf. Daher ist es lächerlich, von den revolutionären Arbeitern Loyalität zu fordern."

Auf dem IV. RGI-Kongreß (vom 17. März bis 3. April 1928) stießen allerdings diese letzten Endes auf eine Gewerkschaftsspaltung hinauslaufenden Gedankengänge auf einen energischen Widerstand seitens der "rechten" Kommunisten (sie sind inzwischen alle, sei es aus der Gewerkschaftsbewegung "abberufen", wie Tomski, Jaglom u. a. russische Tomskianer, sei es aus den kommunistischen Parteien und der RGI ausgeschlossen, wie die Deutschen Brandler und Walcher,der Tscheche Hais u.a.). Die extremen Formulierungen Losowskys wurden daher in den Entschließungen des Kongresses der Form nach wesentlich abgeschwächt, sachlich aber war die Umstellung unverkennbar. Man suchte zwar den Schein zu wahren, als ob die Einheitsfrontpolitik unverändert fortgesetzt wird, man betonte aber zugleich mit aller Deutlichkeit, daß die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe "ohne und gegen den Willen der Verbände" eine der wichtigsten Aufgaben der RGI-Anhänger ist.Auch die Idee der offenen Gewerkschaftsspaltung

fand bereits in den Entschließungen des Kongresses ihre Anerkennung, wenn auch vorerst der Kongreß nur für e i n Land ausdrücklich die Orientierung auf die Schaffung neuer Verbände vorschrieb. Dies waren die Vereinigten Staaten Amerikas: die RGI-Anhänger (die "Liga für Gewerkschaftspropaganda") sollten zwar nach wie vor ihre Tätigkeit in den dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden "entfalten und stärken"; die zentrale Aufgabe der Liga für Gewerkschaftspropaganda sollte aber in der "Organisierung der Nichtorganisierten" bestehen, und zwar durch "Schaffung von Gewerkschaften in denjenigen Industriezweigen, in denen die Arbeiter gänzlich oder fast gänzlich unorganisiert sind. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Automobil-, Gummi-, Stahl-, Schuh- und Textilindustrie und auf den Wassertransport". Bereits diese Aufzählung zeigt, daß die Klausel: die neuen Verbände seien nur in den Industriezweigen zu schaffen, in denen die Arbeiter "gänzlich oder fast gänzlich unorganisiert sind", nur dazu dienen sollte, die allgemeine Einstellung auf die Schaffung neuer Verbände zu verschleiern. In der Tat setzte sich Losowsky in seinen Ausführungen auf dem Kongreß energisch für den Gedanken der Gewerkschaftsspaltung ein und sprach höhnisch von der amerikanischen "Krankheit", durch die auch die amerikanischen Kommunisten angesteckt werden, der Krankheit, die in der "Angst vor dem 'Dual-Unionism', den Parallelverbänden" besteht.
Beide Gedankengänge (der der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe und der der Schaffung neuer Verbände) fanden bald ihre

weitere Entwicklung. Die Zuspitzung der Wirtschaftskämpfe in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 (vor allem der Riesenkampf in Nordwest-Deutschland) haben insbesondere den ersten Gedanken in den kommunistischen Kreisen stark gefördert. Im Januar 1929 wurde von dem Vollzugsbüro der RGI eine Konferenz "zum Studium der Lehren der Wirtschaftskämpfe" in Straßburg einberufen, die detaillierte Richtlinien für die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe durch die RGI-Anhänger ausgearbeitet hat. Zur Führung von Streiks sollen Streikausschüsse (Kampfleitungen) gebildet werden, wobei "ganz besonders darauf zu achten ist, daß die Streikleitungen von der Beeinflussung durch die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie geschützt werden" und "man ganz entschieden dagegen ankämpfen muß, daß offizielle Vertreter der reformistischen Verbände in die Streikleitungen kooptiert werden. Man soll überhaupt keine offiziellen Vertreter der reformistischen Verbände in die Streikleitungen aufnehmen ... Alle Versuche, während des Streiks den Kampf gegen Gewerkschaftsbürokratie zu mildern unter dem Vorwand, daß sie an der Spitze des Streiks stehe, müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Gerade während des Streiks gilt es, die Energie zu verzehnfachen, um die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, ihre Methoden der Streikabwürgung, ihre Schiebungen, ihr Techtelmechtel mit der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat usw. zu entlarven. Diese Entlarvung soll nicht allein durch die Parteipresse, sondern muß auch ganz besonders durch die Streikleitun-

gen erfolgen, denn nur dadurch, daß dem reformistisch beherrschten Gewerkschaftsapparat die Streikleitung entgegengesetzt wird, kann man eine wirklich selbständige Leitung der Wirtschaftskämpfe durchsetzen."

Die Praxis einer solchen "Streikstrategie" mußte die RGI-Anhänger unmittelbar vor die Frage der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung stellen. Es lag nahe, die Streikausschüsse als organisatorische Stützpunkte der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung" auch nach dem Abschluß der Streiks zu erhalten, sie zu Keimzellen der "roten" Gewerkschaften zu gestalten. In der Tat wurde dieser Gedanke in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 in kommunistischen Kreisen sehr lebhaft erörtert. Zu einer konsequenten Weiterbefolgung des eingeschlagenen Weges konnte man sich jedoch noch nicht entschließen. Die ungünstigen Ergebnisse der ersten Versuche der selbständigen Führung von Wirtschaftskämpfen und die Befürchtung, die neuen Verbände mit dem Erbe der Streikausschüsse zu schwer zu belasten, hielten die Führer der RGI davon ab, den anscheinend so selbstverständlichen Schritt von der Schaffung selbständiger Streikausschüsse zur Schaffung selbständiger "roter" Verbände zu empfehlen. Sehr anschaulich hat das X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Juli 1929 die Zwischenstellung, in der man vorläufig verharrte, wiedergegeben. Die vom Plenum nach den Referaten von Losowsky und Thälmann angenommene Entschließung betonte zwar, daß die Kampfleitungen nur "zeitweilige Organisationen" (soll wohl heißen: Organe) sein sollen; "nach Beendigung des Kampfes und nach der Durchführung

der Berichterstattung werden sie aufgelöst." Bei der Schaffung von Kampfleitungen sollte man aber durchsetzen, daß sie "der reformistischen Gewerkschaftsführung nicht nur in jeder Beziehung entgegengestellt werden, daß sie den Kampf bis zum Abschluß führen, sondern auch durch Abschluß von Tarifabkommen, durch Verankerung der Ergebnisse des Kampfes und dadurch, daß sie die Initiative zur Bildung von Tarifkommissionen und Organen zur Kontrolle der Durchführung des abgeschlossenen Abkommens auf sich nehmen". Die Frage, wie solche Organe außerhalb der bestehenden Gewerkschaften und zugleich ohne Gründung neuer Verbände geschaffen werden können, blieb offen.

Deutlicher äußerte sich das X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern zu dem Problem der neuen Verbände. Auf dem IV. RGI-Kongreß im Frühjahr 1928 hatte man die Idee der neuen Verbände nur ausnahmsweise für die Vereinigten Staaten ausdrücklich anerkannt. Die Entschließung vom Juli 1929 enthält hingegen bereits ein ganzes Kapitel von allgemeiner Bedeutung: "Unter welchen Bedingungen ist die Bildung neuer Gewerkschaften notwendig?" "Das Anschwellen der Arbeiterbewegung hat auch das neue Problem der Bildung neuer revolutionärer Gewerkschaften in gewissen Etappen und unter der Voraussetzung bestimmter Bedingungen entstehen lassen." Allerdings, "die Kommunisten müssen begreifen, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht eine Frage der mechanischen Bildung neuer Gewerkschaften ist . Die Bildung neuer Gewerkschaften ist nur möglich bei einem Aufschwung der Streikwelle, nur dort, wo der politische

Kampf eine starke Zuspitzung erfahren hat, wo bedeutende Massen des Proletariats das sozialimperialistische Wesen der reformistischen Bürokratie bereits begriffen haben und wo diese Massen die Bildung einer neuen Gewerkschaft aktiv unterstützen". - Und entsprechend hat sich auch die allgemeine Einstellung gegenüber den "reformistischen" Gewerkschaften merklich verschoben: Wenn die Entschließung des IV. RGI-Kongresses noch überlieferungsgemäß zu der "intensiven Werbearbeit für den Eintritt in die freien Gewerkschaften" aufforderte, wurde jetzt nur von der "verstärkten Heranziehung von neuen, bisher unorganisierten Arbeitern in die Gewerkschaften auf Grund der Plattform der revolutionären Opposition" gesprochen. Thälmann ließ in seinem Referat keine Zweifel darüber, was unter dieser etwas unbestimmten Formel zu verstehen war: "Wir müssen heute unsere gewerkschaftliche Werbearbeit a n d e r s gestalten, als es früher der Fall gewesen ist. Früher haben wir ganz allgemein, ohne politische Differenzierung, zum Eintritt in die Gewerkschaften aufgefordert. Heute propagieren wir nicht den unterschiedslosen Eintritt aller Arbeiter in die reformistischen Gewerkschaften, sondern nur den Eintritt der klassenbewußten revolutionären Arbeiter zur Stärkung der revolutionären Opposition."

Die Entwicklungstendenz zum "Dual-Unionism" trat in der Praxis der RGI immer deutlicher in Erscheinung. Ende 1929 wird in der führenden RGI-Zeitschrift der amerikanischen "Liga für Gewerkschaftseinheit" (wie seit dem Herbst des gleichen Jahres die frühere

Liga für Gewerkschaftspropaganda heißt) bereits zum Vorwurf gemacht, daß sie in ihrem Programm sich zum Ziele setzt, neue Verbände nur in denjenigen Gewerbezweigen zu schaffen, "wo keine Verbände vorhanden sind oder wo die bestehenden Verbände sich in einem Zustand der Zersetzung oder der Ohnmacht befinden". Ohne merken zu lassen, daß sie hier im wesentlichen gegen den Beschluß des IV. RGI-Kongresses polemisiert, wendet sich die RGI-Zeitschrift scharf gegen die amerikanische Formel: "Diese Erklärung ist ein Nachhall des alten Kampfes gegen die Schaffung neuer revolutionärer Verbände, denn die Erfahrungen lehren, daß man in den Vereinigten Staaten sehr häufig Parallelverbände organisieren muß." Im gleichen Sinne wurde um diese Zeit in der RGI-Presse Kritik auch an der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung" in den anderen Ländern geführt.

Der V. RGI-Kongreß (15. bis 30. August 1930) sollte daraus die Schlußfolgerung ziehen. Man hütete sich allerdings auf dem Kongreß, allgemein und ausdrücklich die Parole der Bildung von neuen Verbänden und der allgemeinen Gewerkschaftsspaltung auszugeben. "Die Gefahr besteht hier darin", führte auf dem Kongreß Losowsky aus, "daß es bei nicht genügend umsichtigem Verhalten passieren kann, daß wir den bewußten Teil der Arbeiterschaft von der Masse loslösen, nur die bewußten Arbeiter allein in einem Verband vereinigen, während die übrige Masse unter reformistischer Leitung bleibt. Deshalb ist die Frage der Schaffung eines neuen Verbandes eine solche, die in jedem einzelnen Falle sorgfälig zu erwägen ist!"

Man suchte aber eine solche Organisationsform zu schaffen, die es den RGI-Anhängern ermöglichen könnte, tatsächlich neue Verbände zu bilden, zugleich aber auch "oppositionelle" Gruppen in den "reformistischen" Verbänden zu behalten. Die Entschließung des Kongresses formulierte dies (wohlbbewußt etwas verschwommen) wie folgt:

"In Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) besteht, und Polen, wo die Basis für eine RGO bereits geschaffen ist, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die RGO aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der RGO.Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole 'Hinein in die reformistischen Gewerkschaften', wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und auf freiwilligen Austritt der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGI-Anhänger in diesen Ländern müssen ... jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung... hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten, zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen."

Bezüglich der "Herausbildung der organisatorischen Formen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung" wurde ferner auf dem Kongreß ausdrücklich auf die "positiven Erfahrungen der RGO Deutschlands" hingewiesen. Diese "Erfahrungen" mündeten in den Beschlüssen der Berliner RGO-Konferenz vom Ende Juli 1930, die den Ausbau der RGO-Gruppen mit Beitragserhebung, Mitgliedsbücherausgabe u. a. m. vorsahen, wobei in den Gruppen nicht nur die "oppositionellen" Mitglieder der "reformistischen" Verbände, sondern auch die unmittelbar in den RGO-Gruppen organisierten Arbeiter zusammengefaßt werden sollten. Unter der Bezeichnung RGO-Gruppen sollte somit die Synthese der Zellenpolitik mit der Politik der selbständigen Verbände geschaffen und der Weg zum Ausbau der selbständigen "roten" Gewerkschaften geebnet werden. Seit dem V. RGI-Kongreß treten in der Tat die RGI-Anhänger in verschiedenen Ländern (insbesondere in Deutschland) immer offener und entschlossener für die Politik des konsequenten "Dual-Unionism" auf.

5. DIE INNERE STRUKTUR DER RGI

Die Grundsätze des organisatorischen Aufbaus der RGI wurden seit dem I. Kongreß nicht geändert (s. o.). Die Organe der RGI sind der Kongreß, der Zentralrat und das Vollzugsbüro. Der Kongreß ist das oberste Organ der RGI und wird (nach den Satzungen) "nach Möglichkeit nicht seltener als einmal jährlich" einberufen, in der Praxis allerdings seltener: Der

I. Kongreß fand im Juli 1921 statt, der II. im November/Dezember 1922, der III. im Juli 1924, der IV. im März/April 1928, der V. im August 1930. Die leitenden Organe der RGI in der Zeit zwischen den Kongressen sind der Zentralrat und das Vollzugsbüro. Der Zentralrat soll eine Art kleiner Kongreß sein, an dem alle Landesverbände (bzw. "Minderheiten") mit mindestens 5000 Mitgliedern mit ein bis sechs Delegierten vertreten sind: darüber hinaus wird die Beschickung der "Sessionen" des Zentralrates mit zahlreichen Delegierten mit beratender Stimme vorgesehen, so daß an den Sitzungen des Zentralrates unter Umständen über 200 Delegierte teilnehmen. Die Mitglieder des Zentralrates werden auf dem Kongreß der RGI für die Zeit bis zu dem nächsten Kongreß gewählt, wodurch dem Zentralrat der Charakter eines ständigen Organs verliehen werden soll. Der Zentralrat soll (nach den Satzungen) "mindestens zweimal jährlich" zusammentreten;dies erweist sich aber als unmöglich, und insgesamt wurden bis Ende 1931 nur acht Sessionen des Zentralrates einberufen, von denen drei unmittelbar im Anschluß an die Kongresse abgehalten wurden.

Das eigentliche ständige leitende Organ der RGI ist ihr Vollzugsbüro. Es soll auf dem Kongreß gewählt werden, wurde allerdings nach dem I., IV. und V. Kongreß vom Zentralrat gewählt und besteht aus 15 Mitgliedern, von denen drei die Vertreter der Sowjet-Union sind und zwölf die übrigen Länder bzw. Ländergruppen vertreten. In der Zeit zwischen den Kongressen können die Mitglieder des Vollzugsbüros - unter Zustimmung des Vollzugsbüros selbst - von ihren Organisationen abberufen

und durch andere Vertreter ersetzt werden. Der Generalsekretär des Vollzugsbüros des Internationalen Gewerkschaftsrates war bis Mai 1921 Tomski (vgl. diesen Artikel), vom Mai 1921 - in dem Internationalen Gewerkschaftsrat und dann in der RGI - und bis heute Losowsky (vgl. diesen Artikel).

Die Mittel der RGI sollen - nach dem Beschluß des IV. Kongresses - aus Beiträgen der angeschlossenen Organisationen in Höhe von 0,5 amerikanischen Cents pro Kopf und Jahr gebildet werden.

Geändert wurde formell seit dem I. Kongreß das Verhältnis der RGI zu der Komintern. Die Verbindung mit der Komintern, wie sie auf dem I. Kongreß beschlossen wurde (s. o.)rief starke Unzufriedenheit in den syndikalistischen Kreisen hervor, mit denen die RGI um diese Zeit nahe Beziehungen zu pflegen suchte. Um einem Bruch mit den Syndikalisten vorzubeugen, beschloß der II. Kongreß,die Satzungen zu ändern und die ständige organisatorische Verbindung mit der Komintern aufzugeben. Statt der ständigen Vertretung der Komintern und umgekehrt wurde nun auf dem II. Kongreß beschlossen, daß das Vollzugsbüro der RGI, "wenn es die Umstände erfordern", "internationale Übereinkommen" mit der Exekutive der Komintern abschließen, gemeinsame Sitzungen abhalten, gemeinsame Aufrufe erlassen, gemeinsame "Aktionsausschüsse" ("die die gemeinsamen Beschlüsse durchführen und für die Dauer der Aktion bestehen bleiben") bilden "kann". Durch diese Änderung wurde das Verhältnis zu der Komintern nur formell, nicht aber tatsächlich geändert.

6. DER ORGANISATIONSBESTAND DER RGI

Die genaue Feststellung des organisatorischen Bestandes der RGI ist kaum möglich, da die RGI neben den ihr angeschlossenen Gewerkschaften auch die "revolutionären Minderheiten" in den "reformistischen" u. a. Gewerkschaften zu ihrem Bestand zählt. Die RGI selbst hat wiederholt Angaben veröffentlicht, die sichtlich mehr den agitatorischen Bedürfnissen als der Wirklichkeit entsprachen. Der Internationale Gewerkschaftsrat soll bereits bei seiner Gründung im Juli 1920 8.955.000 Mitglieder vertreten haben (darunter 5.200.000 Mitglieder der russischen Gewerkschaften). Deren Zahl soll, laut dem Bericht zum I. Kongreß, zum Juli 1921 sich auf 16.252.000 erhöht haben (darunter 6.500.000 in den russischen Gewerkschaften). Die Berichte für den II. und den III. Kongreß vermieden zusammenfassende Angaben. Losowsky schätzte aber die Zahl der RGI-Anhänger im August 1923 auf 12 bis 13 Millionen (darunter 5 Millionen Russen). Der Bericht für den IV. Kongreß enthält endlich nähere Angaben über "die Kräfte der RGI" im Jahre 1927. Danach zählten um diese Zeit die der RGI angeschlossenen Gewerkschaften insgesamt 13.862.200 Mitglieder, und zwar

10.248.000 in der Sowjet-Union
2.800.000 in China
525.000 in Frankreich
196.500 in der Tschechoslowakei
50.000 in Chile
18.000 in Irland

und in den sieben weiteren Ländern insgesamt 24.700 Mitglieder. Ferner gehörten nach dieser Statistik in 26 Ländern "revolutio-

näre Minderheiten" der RGI mit insgesamt 2.874.600 Mitgliedern an (darunter 1 Mill. in Deutschland und 800.000 in England), so daß die Gesamtzahl der RGI-Anhänger auf 16.736.800, d. h. nahezu 17 Millionen geschätzt wurde. Der Bericht für den V.Kongreß vermeidet es wiederum, zusammenfassende Zahlen für die hinter der RGI stehenden "Kräfte" anzugeben, in den RGI-Schriften wird aber bis in die neueste Zeit immer wieder die Zahl von 17 Millionen RGI-Mitgliedern genannt.

Diese Angaben, soweit sie sich nicht auf die Gewerkschaften der Sowjet-Union beziehen, die eine Sonderstellung in der RGI einnehmen und deren Entwicklung besonderen Gesetzen unterliegt, können kaum einer Prüfung standhalten. Es soll hier ein Versuch unternommen werden, wenigstens für die wichtigsten RGI-Sektionen an Hand der Angaben, die zum V. Kongreß (August 1930) und zu der 8. Session des Zentralrates der RGI (Dezember 31) veröffentlicht wurden, eine solche Prüfung vorzunehmen.

Als die stärkste RGI-Sektion nach der Sowjet-Union wurde auf dem V.Kongreß die deutsche Sektion gefeiert. Seit dem V. Kongreß sollte sie, in Verbindung mit der Krise und der starken Radikalisierung der Arbeiterschaft, an Boden gewonnen haben, und trotzdem zählte die deutsche RGO Ende 1931 nach eigenen Angaben nur rund 300.000 Mitglieder (1927 sollten es, nach der obigen Statistik, 1 Million sein),
Viel ungünstiger liegen die Verhältnisse in Frankreich, wo es der RGI gelungen war, 1921

den Gewerkschaftsbund (Confédération Général du Travail) zu spalten und einen parallelen "Unitarischen Gewerkschaftsbund" (Confédération Général du Travail Unitaire) aufzubauen. Bereits auf dem IV. RGI-Kongreß mußte der Leiter der CGTU, Monmousseau, "den Stillstand in dem Wachstum" der CGTU bei einem gleichzeitigen "Wachstum der CGT" zugeben. Auf dem V. Kongreß wurde bereits in der Kongreß-Entschließung "der Rückgang der Mitgliedschaft" in der CGTU festgestellt; in der Zeit zwischen dem V. Kongreß und der 8. Session des Zentralrates hat dann die CGTU weitere 54.000 Mitglieder verloren.
In der Tschechoslowakei gelang es der RGI, wie in Frankreich, eine "rote" gewerkschaftliche Landeszentrale Ende 1922 ins Leben zu rufen. Ihr Verfall ist seit Jahren offensichtlich, und der V. RGI-Kongreß hat auch hier den Mitgliederrückgang festgestellt. Im Frühjahr 1929 spaltete sich die "rote" tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung; ein Teil ist in den Schoß der freien Gewerkschaftsbewegung zurückgekehrt; der Rest soll Ende 1931 72.000 Mitglieder gezählt haben (1927: 196.500).
In England hat die RGI so gut wie gänzlich den Boden verloren. Bereits auf dem V. Kongreß wurde eine völlige Misere der englischen "Minderheitsbewegung" festgestellt; Heckert sprach hier von 300 bis 500 (nicht 300- bis 500-Tausend!) Mitgliedern (und 1927 sollten es 800.000 gewesen sein). Seit dem V. Kongreß hat sich die Lage nicht gebessert, und im Dezember 1931 wurde die englische Minderheitsbewegung als "das schwächste Glied in der RGI" bezeichnet (Losowsky). - Es

erübrigt sich, an dieser Stelle auf die sonstigen europäischen Sektionen der RGI näher einzugehen, es seien hier nur kurz die Zahlen der RGI-Anhänger in einer Reihe von Ländern angeführt, soweit sie für Ende 1931 vorliegen:

Polen	45.000	(1927: 100.000)
Italien	5.000	
Rumänien	6.200	
Bulgarien	7.390	

Außerhalb Europas bildete eine Zeitlang die Bewegung in China den Stolz der RGI.Diese Zeiten sind vorbei. Die Bewegung, die einst nahezu 3 Millionen Mitglieder zählen sollte, ist nach dem Bericht zum V. Kongreß auf 60.000 zusammengeschmolzen (es liegen auch andere, ebenfalls offiziöse kommunistische Angaben vor, die viel ungünstiger lauten). Ende 1931 sollten wiederum in den Gebieten, die von den chinesischen "roten Armeen" besetzt sind, die "roten" Gewerkschaften hunterttausend Mitglieder zählen. Ob es sich dabei wirklich um halbwegs fest organisierte Gewerkschaften handelt, ist in Anbetracht des agrarischen Charakters der chinesischen "Sowjetgebiete" und des hier zur Zeit lodernden Bürgerkrieges stark zu bezweifeln.

In den Vereinigten Staaten Amerikas soll die Liga für Gewerkschaftseinheit Ende 1931 27.000 Mitglieder zählen (1927 schätzte die RGI die Zahl ihrer Anhänger in Amerika auf 265.000).
In Japan sollten Ende 1931 15.000 Gewerkschaftsmitglieder unter den RGI-Fahnen stehen (1927: 60.000).
In Indien hat die RGI fast gänzlich ausge-

Australien (1927: 130.000) hat die Verbindungen mit der RGI abgebrochen.
Von den Erfolgen in Latein-Amerika, der Hoffnung der RGI nach den Mißerfolgen in China, läßt sich in der RGI-Presse in der neuesten Zeit fast nichts vernehmen.

Zusammenfassend kann man die Zahl der organisierten RGI-Mitglieder in der ganzen Welt außerhalb der Sowjet-Union auf höchstens eine Million schätzen. Die RGI ist und bleibt nichts anderes als die Gewerkschaftsinternationale der russischen Gewerkschaften mit einem nicht unbedeutenden politischen Einfluß außerhalb der Sowjet-Union, aber mit einem äußerst geringen organisatorischen Anhang.

Für die Beurteilung der RGI als einer gewerkschaftlichen Internationale ist es von Bedeutung, ihren Bestand nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu betrachten: Inwiefern kann sich die RGI-Sektion gewerkschaftlich durchsetzen und bewähren?

Die innere Schwäche der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung", wie sie von der RGI aufgezogen wird, wurde in der Entschließung des V. Kongresses über "die Weltkrise, den Wirtschaftskampf und die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung" ziemlich unverblümt zugegeben: "Man muß sich voll und klar der subjektiven Ursachen unserer Schwächen und Mängel klar werden, die in schlechter Arbeit verwurzelt sind. Die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Betriebe hat in dieser Zeit (d. h. zwischen dem IV. und dem

V. Kongreß) nachgelassen, ebenso wie die Arbeit der revolutionären Opposition in den reformistischen Gewerkschaften. Die Streikkämpfe gingen oft ohne Zutun der RGI-Anhänger vor sich und fanden sie unvorbereitet. Die Behandlung der streikenden Massen war oft oberflächlich agitatorisch". "Die leitenden Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verzerrten oft die Selbstkritik, indem sie den unteren Funktionären und den Arbeitermassen die ganze Verantwortung für die in der Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung begangenen Fehler in die Schuhe schoben, indem sie sich von der Masse isolierten, ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß entzogen und an die Stelle der innergewerkschaftlichen Demokratie Kommandomethoden setzten." Bei der Begründung dieser Entschließung hat Losowsky ein ganzes Register "unserer Schwächen und Mängel" aufgestellt, aus dem hier die wichtigsten Punkte angeführt werden sollen:

1. Zurückbleiben der Organisationen hinter der Kampfstimmung der Massen. Dies ist wohl die in unseren Organisationen am meisten verbreitete Krankheit. Es kamen viele Fälle vor, in denen die Unzufriedenheit der Arbeiter unseren Organisationen nicht zum Bewußtsein kam und die Streiks unverhofft für die in den Betrieben vorhandenen Mitglieder der revolutionären Verbände und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausbrachen. Solcher Fälle kann man aus der Streikbewegung Frankreichs, Deutschlands, der

Vereinigten Staaten, Englands usw. Hunderte anführen. Das ist eine der wundesten Stellen unserer gesamten Arbeit.

2. Schlechte Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe und Verlaß auf Spontaneität. Unsere Organisationen beginnen, an den Streik zu denken, wenn die Ereignisse bereits einen akuten Charakter angenommen haben.

3. Ernennung von Streikleitung (d. h. deren Einsetzung von oben) oder Wahl derselben durch eine geringe Anzahl von Arbeitern.

4. Mangelnde Einsicht in die Rolle und Bedeutung der Streikleitungen und ihre Isolierung von den streikenden Arbeitern durch unsere Schuld. Ist die Streikleitung ernannt, so fühlt sie sich nicht verantwortlich vor den Streikenden. Deshalb kann man in der Praxis der letzten Jahre Streiks sehen, bei denen die Streikleitung "Befehle" erließ, ohne sich um die Stimmungen in den Massen zu kümmern.

5. Ungenügend überlegtes Verhalten zu den Forderungen; Ausarbeitung von Forderungen im engen Kreise leitender Personen. Das ist einer unserer wichtigsten Mängel. Häufig geben wir uns dem Glauben hin, es genüge, bloß Forderungen abzudrucken und zum Streik aufzufordern, und die Arbeiter werden unverzüglich unserer Aufforderung nachkommen.

7. Gewaltsame Maßnahmen gegenüber den rückständigen Schichten des Proletariats, nicht Überzeugung, sondern Befehle.

9. Unvermögen, rechtzeitig, organisiert den Streik einzustellen, und Verschleppung des Streiks bis zur vollkommenen Zersetzung und Desorganisierung der Streikenden. Besser ist es, rechtzeitig den Rückzug anzutreten, als es bis zu einer schweren Niederlage kommen zu lassen. Von Wichtigkeit ist es, geordnet den Rückzug anzutreten, den Einfluß auf die Massen zu bewahren und mit den Vorbereitungen zu einem neuen Kampf zu beginnen. Dies ist eine sehr schwere Kunst, aber sie muß erlernt werden.

10. Kopflosigkeit vor den Unternehmern und Unvermögen, Verhandlungen mit Nachdruck zu führen.

"Ich könnte diese Aufzählung noch weiter fortsetzen", fügte Losowsky hinzu, "aber das Gesagte genügt. Nehmen wir die Streiks in Europa und Lateinamerika, min Japan oder in den Vereinigten Staaten, in Spanien oder in Brasilien, in Norwegen oder in Paraguay, so finden wir in den verschiedensten Ländern und in verschiedenen Kombinationen die von mir aufgezählten Mängel."

Eine solche Gewerkschaftspraxis und die organisatorische Schwäche der RGI sind Erscheinungen, die sich gegenseitig bedingen.

7. LITERATUR

A) RGI-Schriften:

Die wichtigsten Quellen zur Orientierung über die Entwicklung der RGI bilden die Protokolle der RGI-Kongresse, die Berichte des Vollzugsbüros für die Kongresse und die Halbmonatsschrift (früher Monatsschrift) "Die Rote Gewerkschaftsinternationale". Von den Kongreßprotokollen sind die ersten zwei Kongresse in deutscher Sprache nicht aufzutreiben, obgleich sie (wie verlautet) auch deutsch erschienen sind. Die Entschließungen der Kongresse liegen (jeweils in Broschürenform) auch für die ersten Kongresse vor. Für den I. Kongreß liegen ferner in deutscher Sprache vor:

A. Losowsky: Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschaftsinternationale, Bibl. der RGI, Bd. 2, Berlin 1921 (mit der Entschließung des Kongresses)

Rosmer und Tom Mann: Die Beziehungen zwischen der RGI und der KI, Bibl. der RGI, Bd. 3, Berlin 1921 (mit der Entschließung des Kongresses)

Ziperowitsch und Heckert: Produktionskontrolle und Betriebsräte, Bibl. d. RGI, Bd. , Berlin 1922 (mit der Entschließung des Kongresses)

Von den Berichten für die Kongresse sind in deutscher Sprache zu haben:

Bericht des Vollzugsbüros der RGI an den II. Kongreß der revolutionären Gewerkschaften in Moskau (November 1922)

Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924 bis 1927. Bericht des Vollzugsbüros der RGI an den IV. Kongreß in Moskau (Berlin 1928)
Den wesentlichen Inhalt des Berichtes für den I. Kongreß findet man in der Broschüre:
A. Losowsky: Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände, Bibl. der Kommunistischen Internationale, Heft 10 (Hamburg 1921)
Von den sonstigen RGI-Schriften sind hervorzuheben:
A. Losowsky: Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschaftsinternationale, Bibl. der RGI, Bd. 5 (Berlin 1921)

A. Losowsky: Die internationale Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege (Berlin 1924)
A. Losowsky: Der Streik. Fünf Vorträge, gehalten an der Lenin-Schule zu Moskau (Berlin 1930, in derAAnlage die Entschließung der Straßburger Konferenz von Januar 1930)
A. Losowsky: Zehn Jahre RGI (Berlin 1930)
J. Jusefowitsch: Vor dem V. Kongreß der RGI (Berlin 1930)
Protokoll der 4. Session des Zentralrates der RGI (März 1926) (Berlin 1926)
Protokoll der 6. Session des Zentralrates der RGI (Dezember 1929) (Berlin 1930)
S. Sorbonski: Zehn Jahre RGI in Entschließungen, Dokumenten und Zahlen. Verlag des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjet-Union (Moskau 1930, russisch)

B) Sonstige Schriften:
Lewis L. Lorwin: Die Internationale der Arbeit. Geschichte und Ausblick. (Verlag des

Institute of Economics Washington D. C., Berlin 1930)
Paul Olberg: Die Rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung (Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1930)
Salomon Schwarz: Zwei Kongresse (Materialien zum Problem der Einheitsfront), (Gewerkschafts-Zeitung 1924, Nr. 45); Der IGB und die russischen Gewerkschaften (GZ 1924, Nr. 49); Die Krise der kommunistischen internationalen Gewerkschaftspolitik (GZ 1926, Nr. 21 und 22); Der englisch-russische gewerkschaftliche Ausschuß (GZ 1925, Nr. 18); Ein Nachwort zur englisch-russischen Konferenz (GZ 1925, Nr. 23); Das Siechtum des englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschusses (GZ 1927, Nr. 46); Die russischen Gewerkschaften und der Internationale Gewerkschaftsbund (GZ 1927, Nr. 37 und 38); Der IV. Kongreß der RGI, der Kongreß des Niederganges (GZ 1928, Nr. 18 und 20); Die "roten" Gewerkschaften in China (GZ 1930; Nr. 37); Bilanz kommunistischer Gewerkschaftspolitikm(GZ 1930, Nr. 41 und 42); Programm und Ziel der neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitik (GZ 1930, Nr. 50) (vgl. auch Artikel Rußland)

KORSCH

Institute of Economics Washington D. C., Berlin 1930)
Paul Olberg: Die Rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung (Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin 1930)
Salomon Schwarz: Die russischen Materialien zum Problem der Einheitsfront, (Gewerkschafts-Zeitung 1924, Nr. 45); Der IGB und die russischen Gewerkschaften (GZ 1924, Nr. 49); Die Krise der kommunistischen internationalen Gewerkschaftspolitik (GZ 1926, Nr. 21 und 22); Der englisch-russische gewerkschaftliche Ausschuß (GZ 1925, Nr. 18); Ein Nachwort zur englisch-russischen Konferenz (GZ 1925, Nr. 23); Das Siechtum des englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschusses (GZ 1927, Nr. 46); Die russischen Gewerkschaften und der Internationale Gewerkschaftsbund (GZ 1927, Nr. 37 und 38); Der IV. Kongreß der RGI, der Kongreß des Niederganges (GZ 1928, Nr. 18 und 20); Die "roten" Gewerkschaften in China (GZ 1930; Nr. 17); Bilanz kommunistischer Gewerkschaftspolitikm(GZ 1930, Nr. 41 und 42); Programm und Ziel der neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitik (GZ 1930, Nr. 50)
(vgl. auch Artikel Rußland)

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS IN DER SOGENANNTEN "GEWERKSCHAFTSFRAGE"

von Karl Korsch

> "Man hat viele Untersuchungen angestellt, um den verschiedenen Phasen nachzuspüren, welche die Bourgeoisie von der Stadtgemeinde an bis zu ihrer Konstituierung als Klasse durchlaufen hat. Aber wenn es sich darum handelt, sich genaue Rechenschaft abzulegen über die Streiks, Koalitionen und die anderen Formen, unter welchen die Proletarier vor unseren Augen ihre Organisation als Klasse vollziehen, so werden die einen von einer wirklichen Furcht befallen, während die anderen eine transzendentale Geringschätzung an den Tag legen."
>
> MARX, Elend der Philosophie, S. 162

In der bisherigen Diskussion der sogenannten "Gewerkschaftsfrage", wie sie besonders in der letzten Periode, in der Zeit nach dem Kriege, zwischen den verschiedenen, sich in dieser Frage gegenüberstehenden Richtungen der Arbeiterbewegung geführt worden ist, haben gewöhnlich beide Seiten den gleichen Fehler begangen, daß sie die "Gewerkschaftsfrage" hauptsächlich organisatorisch stellten. Sie stritten über den Wert oder Unwert der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen und der ihnen von ihren Gegnern gegenübergestellten neuen Organisationsformen, statt zuerst politisch das Wesen und

die Bedeutung der gewerkschaftlichen Kämpfe und von hier aus dann auch das Verhältnis zu den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen zu bestimmen.
Auf dieser oberflächlichen und falschen, völlig unmarxistischen Grundlage wurde lange Zeit hindurch und wird teilweise noch bis in die neueste Zeit von der einen Seite, den angeblich äußerst "revolutionären" Gewerkschaftsfeinden, die Behauptung vertreten, daß die Gewerkschaften zwar in der früheren Periode der "friedlichen, organischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft" imstande gewesen wären, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die materielle Wohlfahrt der Arbeiter zu vermehren, daß sie aber in der jetzigen Periode, wo die Entwicklung der kapitalistischen Gesell - schaft in ihre kritische Phase eingetreten sei, hierzu nicht mehr imstande wären und daß sie deshalb heute als überaltert und unbrauchbar zu verwerfen seien. Es ist aber sehr leicht zu sehen, daß die mit solchen Gründen gegen den gewerkschaftlichen Reformismus zu Felde ziehenden "revolutionären" Gewerkschaftsfeinde in Wirklichkeit mit ihren Gegnern, den Reformisten, grundsätzlich auf dem gleichen Boden stehen und also in Wahrheit nur "umgestülpte Reformisten" sind. Sie verneinen den Wert der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen aus ganz demselben Grunde, aus dem er von den Reformisten bejaht wird. Sie machen ihre Stellung zu den Gewerkschaften abhängig von der Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit dieser Organisationen für den Zweck, die materiellen Interessen der Arbeiter in der bestehenden kapitalistischen Gesellschafts-

ordnung wahrzunehmen. Siemgleichen hierin vollständig jenen angeblich ebenfalls sehr "revolutionären" Antiparlamentariern, die die Beteiligung an Wahlen und Parlamenten ablehnen aus dem Grunde, weil auf diesem Wege im kapitalistischen Staat "heute" keine positiven Vorteile für die Arbeiter mehr zu gewinnen wären.

All diese "Revolutionäre", die ihre grundsätzliche Gewerkschaftsfeindschaft und ihren grundsätzlichen Antiparlamentarismus dergestalt "begründen", müßten also konsequenterweise ihre ganze Gewerkschaftsfeindschaft und ihren ganzen Antiparlamentarismus preisgeben, wenn ihnen von den rechten Reformisten bewiesen wird,oder sie sich selbst davon überzeugen, daß die kapitalistische Gesellschaft sich heute ganz oder teilweise wieder einem Zustande annäherte, wo sie wiederum imstande wäre, dem Proletariat die Bedingungen seiner proletarischen Existenz zu sichern und sie hie und da auch wieder zeitweilig um ein weniges zu "verbessern".

Man darf, wenn man sich daran erinnert, in welchem Maße nicht nur die KPD, die Komintern und Profintern von ehedem, sondern ganz ebenso und noch schlimmer auch solche Richtungen, wie die KAP und AAU von heute, in ihrem Kampf gegen den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Reformismus sich gerade auf diese oberflächlichen und falschen Argumente gestützt haben und noch stützen,füglich sehr gespannt darauf sein, ob nicht jetzt, nachdem auf der letzten Reichskonferenz der AAU zu Ostern 1927 der den Standpunkt der Mehrheit vertretende Referent ausdrücklich "festgestellt" hat, daß "wir uns

einer Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber befinden, der wir uns anpassen müssen" (KAZ Nr. 30), am Ende auch der gewerkschaftliche und parlamentarische "Antireformismus" der KAP zwangsläufig den gleichen "Entwicklungs"-prozeß durchlaufen wird, durch den sich auch der einstmalige Antireformismus der KPD, der Komintern und der Profintern inzwischen schon lange wieder in den alten waschechten Reformismus der Amsterdamer und der Zweiten Internationale, aus dem er dereinst durch einfache Umkehrung entsprungen war, zurückverwandelt hat ...

Im scharfen Gegensatz zu diesen oberflächlichen und falschen Ansichten der echten und der "umgestülpten" Reformisten geht die wirklich revolutionäre und marxistische Fragestellung in der sogen. "Gewerkschaftsfrage" nicht aus von der Stellungnahme zu den verschiedenen bestehenden oder vorgeschlagenen gewerkschaftlichen Organisationen, wie immer sie sich nennen ("Freie Gewerkschaften", "Revolutionäre Industrieverbände", "Unionen" usw.), sondern von der MARXschen Lehre über die unbedingte Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, als der ökonomischen Erscheinungsform des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Nach der Marxschen Auffassung besteht der wirkliche Zweck der ökonomischen Kämpfe, die die Arbeiter zur Verteidigung und "Verbesserung" ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen und immer führen müssen, von Anfang an und auch heute nicht in den mehr oder weniger "positiven" "Erfolgen", die damit für die Arbeiter innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ge-

sellschaftsordnung und ihres Staates "herausgeholt" werden konnten und können, sondern in der durch diese Kämpfe und vermittels ihrer in Sieg und Niederlage sich vollziehenden Bildung des Proletariats zur Klasse.

Die Marxisten wissen, daß der unmittelbare revolutionäre Kampf der zu einem vollen politischen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe aufgestiegenen proletarischen Klasse nicht am Anfang, sondern erst am Ende einer langwierigen und von häufigen Rückschlägen unterbrochenen Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes steht und daß in den geschichtlichen Perioden, die diesem unmittelbaren revolutionären Endkampf vorausgehen und ihn unterbrechen, gerade die - in ihrer unmittelbaren Erscheinung weder politischen noch revolutionären - sogenannten "ökonomischen" Kämpfe den grundlegenden und wichtigsten Bestandteil der in ihrem Endresultat revolutionären wirklichen Klassenpolitik des Proletariats ausmachen. Diese von den Arbeitergewerkschaften - oder unter Umständen auch ohne oder gegen sie - geführten Kämpfe der Arbeiter gegen die ökonomische Macht des Kapitals sind also ihrem Klassenwesen nach ganz ebenso politische Kämpfe, wie die von den sogenannten Arbeiterparteien - und unter Umständen ebenfalls ohne oder gegen sie - geführten Kämpfe der Arbeiter gegen die politische Macht des Kapitals, den bürgerlichen Staat. Und erst durch die Verschmelzung beider Kampfformen zu dem vollentwickelten, einheitlichen, ökonomischen und politischen, revolutionären Klassenkampf des Proletariats, der die ökonomische und politische Machtorganisation der Bourgeoi-

sie zerschlägt, und an ihrer Stelle die Staats- und Wirtschaftsmacht der revolutionären Arbeiterklasse, die revolutionäre Klassendiktatur des Proletariats errichtet, wird endlich jener wirkliche Zweck erreicht, auf den auch all die isolierten "ökonomischen" und "politischen" Teilkämpfe der vorhergehenden Periode, die in der äußeren Erscheinung andere Zwecke zu verfolgen schienen, in Wahrheit allein abzielten: die Konstituierung des Proletariats als Klasse. Aus dieser marxistischen Grundeinstellung zu den sogenannten "ökonomischen" Kämpfen der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ergibt sich folgerichtig auch das Verhältnis der Marxisten zu den aus diesen Kämpfen heraus entstehenden und für ihre bessere Vorbereitung, Organisierung und Durchführung bestimmten, sei es zeitweilig, sei es dauernd aufrechterhaltenen Koalitionen, den sogenannten "Gewerkschaften". Im schroffen Gegensatz zu der heute in dem einen wie dem anderen Lager eingebürgerten metaphysischen Auffassung, die die verschiedenen bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen als lauter metaphysische Subjekte, und die einzelnen Kämpfe um Lohn, um Arbeitszeit usw. als die von diesen Subjekten ausgeübte Tätigkeit ansieht, die zugleich eine mechanische Trennungslinie zieht zwischen den "Gewerkschaften" und deren "ökonomischen" Aktionen einerseits und den "Parteien" und deren "politischen" Aktionen andererseits, besteht die dialektische Auffassung des Marxismus darin, alle diese wechselnden Erscheinungen im Flusse ihrer Bewegung und Entwicklung und in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu begreifen. Nebeneinander nennt Karl Marx "die

Streiks,Koalitionen und die anderen Formen", unter welchen die Proletarier vor unseren Augen "ihre Organisation als Klasse vollziehen". Und er stellt fast in ein und demselben Atemzug die beiden für die vulgäre metaphysische Auffassung höchst widerspruchsvollen Behauptungen nebeneinander auf: "Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz" und "Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf".

Nur im Wege einer folgerichtigen Durchführung dieser marxistischen, dialektischen und revolutionären Auffassung des Verhältnisses zwischen dem gewerkschaftlichen Kampf und seiner Organisation, zwischen Ökonomie und Politik, Gewerkschaft und Partei, die in der Theorie und Praxis der marxistischen Epigonen bis auf geringe Überbleibsel verloren gegangen und nur von der einzigen Rosa Luxemburg in ihren wesentlichsten Zügen festgehalten worden ist, ist es möglich,zu einer Bestimmung der konkreten Stellung zu gelangen, die wir als revolutionäre Marxisten zu den verschiedenen heute geschichtlich bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen einzunehmen haben, und zu den konkreten Aufgaben, die wir als wirkliche Kommunisten in diesen Organisationen und über ihren Rahmen hinaus und gegen sie zu erfüllen haben. Diese aktuellen Konsequenzen des streng festgehaltenen marxistischen Standpunktes in der "Gewerkschaftsfrage" für unsere kommunistische Gewerkschaftspolitik und Taktik sollen in einem zweiten Artikel genauer entwickelt werden. Für heute begnügen wir uns mit der Aufzeigung der beiden wichtigsten Konsequenzen.

Wir haben schon im bisherigen festgestellt: Nicht die Gewerkschaft erzeugt die Klassenkämpfe, sondern umgekehrt, aus den Klassenkämpfen entspringt, im Dienste dieser Kämpfe, die über den unmittelbaren Anlaß hinaus fortdauernde Koalition der kämpfenden Arbeiter, die Gewerkschaft. Niemals darf ein Marxist, der sich dieses wirklichen Zusammenhangs bewußt geworden ist, darauf verzichten, fortwährend den schärfsten Kampf zu führen gegen die innerhalb jeder bestehenden gewerkschaftlichen Organisation unvermeidlich wirksame und heute auch von den beiden sogenannten Arbeiterparteien (der SPD und der KPD) tatsächlich geförderte und unterstützte Tendenz, die darauf hinaus - läuft, nach Möglichkeit alle ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse unbedingt in den "Rahmen der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen" einzuschränken. Jeder Kommunist wird, wie die Organisation überhaupt, so besonders auch die gewerkschaftliche Organisation als einen wichtigen Hebel zur Vermehrung und Steigerung der Klassenkampfkraft des Proletariats grundsätzlich anerkennen. Aber zugleich mit dieser grundsätzlichen Anerkennung muß jeder wirkliche Kommunist, jeder revolutionäre Marxist jederzeit rücksichtslos eintreten auch für alle die anderen Formen, in denen zu jeder Zeit und besonders in den Zeiten verschärfter Klassenkämpfe, auch der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinauswächst und ihn sprengt. Gleich wichtig, und unter Umständen wichtiger als der schnurgerechte, nach bewährter traditioneller Regel durchgeführte "Kampf" der Gewerkschaften, ist unter

dem Gesichtspunkt des eigentlichen und wirklichen, klassenmäßigen und revolutionären Zwecks aller von den Arbeitern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates geführten Kämpfe auch der Kampf der Unorganisierten in seinen mannigfachen Formen, von der unmittelbaren persönlichen Beeinflussung der Klassengenossen im Betrieb bis zur Bildung der verschiedenen Arten von vorübergehenden und dauernden Komitees und Ausschüssen. Ebenso notwendig für die Führung und Steigerung der Klassenkämpfe ist nach allen in der letztvergangenen Periode der Arbeiterbewegung geschöpften Erfahrungen auch die über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausschreitende selbständige Betriebsräte- und Vertrauensleutebewegung. Von allergrößter Bedeutung ist für den gegenwärtigen Klassenkampf des Proletariats vor allem auch der von allen wirklichen Kommunisten mit allen Mitteln zu fördernde Klassenkampf der Erwerbslosen und die "Verankerung" dieses Kampfes nicht nur in irgendwelchen "gewerkschaftlichen" Erwerbslosenausschüssen, sondern in dem festen organisatorischen Zusammenschluß aller Erwerbslosen, dieses heute ohne jeden Zweifel am meisten ausgebeuteten Teiles des Proletariats, um ihre selbstgewählten und untereinander und mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten zu unverbrüchlicher, revolutionärer Klasseneinheit zusammengeschlossenen Erwerbslosenräte.

Die andere wichtige Konsequenz, die sich aus der strengen Durchführung des marxistischen Standpunktes für unsere kommunistische Gegewerkschafts-Politik und -Taktik ergibt, betrifft das Verhältnis zu den sogenannten

"Freien" Gewerkschaften (Amsterdam) und zu den im Schoße dieser Amsterdamer Gewerkschaften auftretenden, angeblichen oder wirklichen, "revolutionären" Oppositionsbewegungen einerseits, und zu den diesen Freien Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern (Frankreich, Tschechoslowakei, Holland und - wenn auch hier heute nur in geringer Stärke - Deutschland) bereits gegenüberstehenden "Selbständigen" oder sogenannten "Revolutionären" Industrieverbänden, Unionen usw.

Wir wissen als Marxisten, daß das gleiche dialektische Gesetz der Geschichte, welches allenthalben die Formen, innerhalb deren sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte bewegen, mit der Zeit unvermeidlich aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben umschlagen läßt, mit seiner vollen Gewalt auch für jene "größte Produktivkraft" gilt, die nach dem bekannten Satz von Marx "die revolutionäre Klasse selbst" darstellt. Auch die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die aus den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Vergangenheit ihren heutigen Inhalt und ihre heutige Form empfangen haben - und insbesondere also auch die stärkste und massenhafteste dieser Organisationen, die im Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam zusammengeschlossenen sogenannten "Freien Gewerkschaften" - haben diese Dialektik der Geschichte an ihrem eigenen Leibe erfahren. Sie sind - entstanden als Formen zur Organisierung, zur Steigerung und Entwicklung der Klassenkampfkraft des Proletariats gegenüber dem Kapital - in ihrer weiteren Entwicklung schon längst und unwiderruflich zu Fesseln

dieser Klassenkampfkraft umgeschlagen. Daraus folgt für alle wirklichen Kommunisten die auch heute und gerade heute erst recht fortbestehende Gültigkeit jenes dialektischen und revolutionären, marxistischen Prinzips, durch das vor sieben Jahren der Zweite Weltkongreß allen Kommunisten, die der revolutionären kommunistischen Weltpartei angehören wollten, vorschrieb, daß

> "die Kommunisten, da sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats."

Man messe mit diesem Maßstabe die heutige "neue gewerkschaftliche Politik" der Komintern und der KPD. Man fälle danach das marxistische Urteil über die gesamte Politik und Taktik der sogenannten Gewerkschafts-"Eroberung" und "Revolutionierung" und das ganze Geschrei nach der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der sogenannten "Gewerkschaftseinheit". Man entscheide danach, ob angesichts des heutigen Zustandes in den Freien Gewerkschaften eine konsequent marxistische, wirklich kommunistische Arbeit in diesen Gewerkschaften möglich ist, ohne die

geschichtliche Perspektive auf die unvermeidliche Spaltung, ohne die praktische Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit, schon die gegenwärtige k o m m u n i s t i s c h e Arbeit in den Freien Gewerkschaften zu ergänzen durch die positive Förderung einerseits aller revolutionären Oppositions- und sogenannten "Linken-Flügel"-Bewegungen,,die innerhalb der Freien Gewerkschaften hervortreten, andererseits auch aller der neuen gewerkschaftlichen Organisationen, die sich bereits in der Vergangenheit im Kampfe gegen die reformistische und offen klassenverräterische Politik dieser Amsterdamer Gewerkschaften im Wege der erzwungenen oder freiwilligen Abspaltung von ihnen losgetrennt haben.

Schwarze Presse

Erzeugnisse

Georg Lukács
Wissenschaftl. Intelligenz, Schulung,
Organisationsfrage
Frühe Aufsätze 1919—21, 106 S., 3,50 DM

Friedrich Engels
Konspekt über »Das Kapital«, 54 S., 1,- DM

Max Nettlau
Michael Bakunin, Selbstzeugnisse,
Dokumente, 56 S., 2,50 DM

Rudi Dutschke
Ausgewählte u. kommentierte Bibliographie des
revolutionären Sozialismus von K. Marx bis zur
Gegenwart, 50 S., 1,80 DM

Franz Petry
Der soziale Gehalt der marxschen Werttheorie
74 S., 3,50 DM

Negt, Krahl, Roth, Schmierer
Strategie- & Organisationsdebatte, 106 S., 3,— DM
INFO—Sondernummer

Spartakus

Verlag/Vertrieb/Versand GmbH & Co KG
2 Hamburg 13, Von—Melle—Park 17, Tel. 0411/417484
liefert aus

Deutsche Erstausgabe
Staatlichkeit und Anarchie
Michael Bakunin

15.–

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution." (Karl Korsch an R .Rosdolsky, 1. 6. 1951).
Das Buch Bakunins, von dem Korsch so begeistert schreibt, ist STAATLICHKEIT UND ANARCHIE. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verweisen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning. Der Plan von Karl Korsch, STAATLICHKEIT UND ANARCHIE herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk STAATLICHKEIT UND ANARCHIE den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konspekt von Bakunins STAATLICHKEIT UND ANARCHIE, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik am AUTORITÄREN KOMMUNISMUS der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des ANTIAUTORITÄREN KOMMUNISMUS d.Anarchisten geben. So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht:

ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS
VOLKSKRIEG U. VOLKSREVOLUTION
KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS
POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION
DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT
BAUERNREVOLUTION UND REVOLUTION IN INDUSTRIELANDEN
[illegible]
PARTEIDIKTATUR
ABSTERBEN ODER ZERSTÖRUNG DES STAATES

„Das mit dem Ruhegedanken bei Bakunin zum Beispiel war mir längst bekannt und ebenso, daß die ganze linke Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben." (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)
In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von STAATLICHKEIT UND ANARCHIE analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen. Als Anhang wird der Marx'sche Konspekt von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Orgarijow, Engels und Marx abgedruckt. Aus finanziellen u. drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine SUBSKRIPTION des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

links
Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen
Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken
international.
„links" ist illusionslos,
undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis
und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

kollektiv

VERLAG

Reihe: Gewerkschaften

1 A. Rosenberg

KOMMUNISMUS UND DIE KOMMUNISTISCHEN GERWERKSCHAFTEN

2 K. Korsch · S. Schwarz

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE

MARXISMUS UND DIE GEWERKSCHAFTS-FRAGE

3 N. Auerbach

MARX UND DIE GEWERKSCHAFTEN

4 W. Koch

DIE RUSSISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Band 2

GEWERKSCHAFTEN

Rote Gewerkschaftsinternationale

SALOMON SCHWARZ

Marxismus und die Gewerkschaftsfrage

KARL KORSCH

kollektiv k VERLAG

3.20

Rote Gewerkschaftsinternationale

SALOMON SCHWARZ

Marxismus und die Gewerkschaftsfrage

KARL KORSCH

Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67
1. bis 2. Tausend
Printed in Germany 1972

Kollektiv-Verlag
1 Berlin 44, Rollbergstr. 67
1. bis 2. Tausend
Printed in Germany 1972

Rote Gewerkschaftsinternationale
SALOMON SCHWARZ

Marxismus
und die Gewerkschaftsfrage
KARL KORSCH

QUELLENANGABE

Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI)
von Salomon Schwarz
aus: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, S. 1348 - 1359

Die Wiederherstellung des Marxismus in der sogenannten "Gewerkschaftsfrage"
von Karl Korsch
aus: Kommunistische Politik, 2. Jahrg.,Nr.8, Berlin, 1. Mai 1927

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE (RGI) - S. Schwarz

1. Die Vorgeschichte der roten Gewerkschaftsinternationale 7
2. Der Gründungskongress 11
3. Die Einheitsfrontpolitik 16
4. Der neue Kurs 27
5. Die innere Struktur der RGI 37
6. Der Organisationsbestand der RGI 4o
7. Literatur 48

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS IN DER SOGENANNTEN "GEWERKSCHAFTS-FRAGE" - K. Korsch 53

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE
(RGI) - S. Schwarz
1. Die Vorgeschichte der roten
Gewerkschaftsinternationale
2. Der Gründungskongress 11
3. Die Einheitsfrontpolitik 16
4. Der neue Kurs
5. Die innere Struktur der RGI
6. Der Organisationsbestand der RGI
7. Literatur

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS
IN DER SOGENANNTEN GEWERKSCHAFTS-
FRAGE" - K. Korsch

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE (RGI)

von Salomon Schwarz

1. DIE VORGESCHICHTE DER ROTEN GEWERKSCHAFTS-INTERNATIONALE

Die ersten Ansätze der Idee einer internationalen Sondergruppierung von Gewerkschaften, die bewußt sich als "linke" Gewerkschaften von den "reformistischen" Gewerkschaften zu distanzieren suchen, lassen sich bis 1917 zurückverfolgen. Auf der III. Allrussischen Gewerkschaftskonferenz, die im Juli 1917 in Petersburg tagte und in der Geschichte der russischen Gewerkschaftsbewegung die Bedeutung des I. Allgemeinen Gewerkschaftskongresses hatte, wurde von der Opposition, deren Kern die bolschewistischen Delegierten bildeten, ein Antrag zu der Frage "Partei und Gewerkschaft" eingebracht, der insbesondere der russischen Gewerkschaftszentrale die Pflicht auferlegen wollte, "die Initiative zur Wiedererrichtung der internationalen Organisation der Gewerkschaften zu ergreifen unter Heranziehung nur solcher Gewerkschaften, die die Unterstützung des imperialistischen Krieges ablehnten und auch heute ablehnen und die den Boden des Klassenkampfes nicht verließen". Der Antrag war in seiner polemischen Formulierung bewußt gegen die "reformistischen" Gewerkschaften des Westens gerichtet. Die Konferenz lehnte ihn allerdings ab und äußerte sich im Rahmen der von Grinewitsch (vgl. d. Art.)

eingebrachten Entschließung über die Aufgaben der Gewerkschaften dahin, daß die russischen Gewerkschaften "die tatsächliche internationale Vereinigung der Gewerkschaften anzustreben" haben, sowie im Rahmen der Entschließung Kolokoljnikow (vgl. diesen Artikel) über den Organisationsaufbau der Gewerkschaften dahin, daß die russischen gewerkschaftlichen Zentralverbände sich den internationalen Berufssekretariaten anschließen und "die weitere Entwicklung und Festigung der bestehenden internationalen Vereinigungen sowie die Schaffung solcher in denjenigen Industrien, wo diese noch nicht bestehen", anstreben sollen.

Hier kamen erstmalig in der russischen Gewerkschaftsbewegung die gegensätzlichen Auffassungen zum Ausdruck, die sich später auf die Formel: Amsterdam oder Moskau zugespitzt haben. Die russischen Gewerkschaften stellten sich also im Sommer 1917 - in späterer Terminologie ausgedrückt - auf den "Amsterdamer" Boden.

Anfang 1918 ging die Leitung der russischen Gewerkschaften in die Hände der Bolschewiki über, die sofort die Initiative der Wiedererrichtung der Gewerkschaftsinternationale an sich zu reißen suchten. Der Beschluß des I. Russischen Gewerkschaftskongresses (Jan. 1918), zum 15. Februar 1918 eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Petersburg einzuberufen, blieb aber auf dem Papier und wurde bald - bei der äußersten Verschärfung der gesamten politischen Lage in Rußland - völlig vergessen. Erst im Herbst 1919 wandte sich der Zentralrat der Gewerkschaften erneut dem Problem zu, um in einem sehr scharf

gegen "die offiziellen Führer der Gewerk - schaftsbewegung" zugespitzten Aufruf an die Gewerkschaften Europas und Amerikas die "auf dem Boden eines wahrhaft revolutionären Klassenkampfes für die Befreiung der Arbeit von der Ausbeutung durch das Kapital auf dem Wege durch die Diktatur des Proletariats" stehenden Gewerkschaften aufzufordern, "die Reihen gegen die internationale Liga der Räuber (gemeint war der Völkerbund) zu schließen, mit der Internationale der Kompromißler zu brechen und gemeinsam mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften an die Organisation einer wirklich internationalen Konferenz der revolutionären sozialistischen Gewerkschaften und Arbeitersyndikate heranzutreten".

Aber auch dieser Versuch fand keinen Widerhall, und erst in dem darauf folgenden Jahre gewann die Idee allmählich greifbare Formen. Bestimmend für die weitere Entwicklung war zunächst der Beschluß des III. Allrussischen Gewerkschaftskongresses im April 1920, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen und "die revolutionären Gewerkschaften aller Länder aufzufordern, dem Beispiel des russischen gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu folgen".Der Kongreß beschloß auch, dem Zentralrat der Gewerkschaften aufzuerlegen, "organisatorische Verbindungen mit allen ausländischen Gewerkschaften anzuknüpfen, die den revolutionären Kampf um den Sturz des Kapitalismus führen, sowie mit revolutionären Minderheiten in denjenigen Verbänden, die noch auf dem alten Standpunkt stehen".

Am 16.Juni 1920 wurde schließlich "die I.Konferenz von Vertretern der revolutionären Gewerkschaften Großbritanniens, Italiens und Rußlands" abgehalten. Die Konferenz (richtiger die Sitzung) wurde nicht vom Zentralrat der russischen Gewerkschaften, sondern vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale einberufen und vom Vorsitzenden dieses Exekutivkomitees, Sinowjew, geleitet. An der Konferenz beteiligten sich neben den russischen Vertretern einige englische und italienische Gewerkschaftsführer, die gerade in Moskau anwesend waren, ohne von ihren Organisationen zur Teilnahme an einer solchen Konferenz beauftragt zu sein. Die russischen Vertreter suchten auf der Konferenz den Gedanken durchzusetzen, daß die neue Gewerkschaftsinternationale eine Sektion der Komintern bilden sollte. Dieser Gedanke fand aber wenig Sympathien und wurde vorerst zurückgestellt. Die Konferenz erklärte sich zu einer privaten Konferenz und sprach sich aus für die Einberufung "einer besser beschickten und aus legitimierten Vertretern bestehenden Konferenz der revolutionären Gewerkschaften zum Zwecke der Schaffung einer wahren Gewerkschaftsinternationale, die in keinerlei Zusammenhang steht mit dem kapitalistischen Völkerbund und mit den sogenannten Führern der Arbeiterbewegung, die während des Krieges als Sozialpatrioten und Chauvinisten wirkten und die gleiche Politik bis zum heutigen Tage fortsetzten". Die Einberufung einer solchen Konferenz wurde einer besonderen Kommission zugewiesen; sie wurde aber niemals abgehalten, sondern die Gründung der neuen Gewerkschaftsinternationale erfolgte im Wege der Verhandlungen zwischen den Vertretern der russischen

und verschiedener anderer Gewerkschaften bzw. kommunistischer Parteien, die im Sommer 1920 in Moskau weilten. So wurden die provisorischen Sätzungen des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände, wie die neue internationale Organisation zuerst bezeichnet wurde (russische verkürzte Bezeichnung:Meschsowprof), ausgearbeitet, und am 15. Juli 1920 wurde die neue Gewerkschaftsinternationale offiziell ins Leben gerufen.

Der organisatorische Aufbau der neuen Gewerkschaftsinternationale und insbesondere ihr Verhältnis zu der Komintern blieben vorerst unklar. Die provisorischen Satzungen des Internationalen Rates sahen die Vertretung des Rates in dem Exekutivkomitee der Komintern und umgekehrt vor. Der Gedanke, daß der Internationale Rat lediglich eine Sektion der Komintern bilde, wurde jedoch in den maßgebenden kommunistischen Kreisen nicht aufgegeben, sondern ausdrücklich vom II. Kongreß der Komintern (im August 1920) zum Beschluß erhoben und auch in den Kundgebungen der russischen Führer des Internationalen Rates wiederholt zum Ausdruck gebracht. Die Klärung der Frage sollte erst der I. Kongreß der neuen Gewerkschaftsinternationale bringen.

2. DER GRÜNDUNGSKONGRESS

Der I. Internationale Kongreß der roten Fach- und Industrieverbände, wie seine offizielle Bezeichnung lautete, wurde vom 3. bis 19. Ju-

li 1921 in Moskau abgehalten (wo auch alle späteren RGI-Kongresse tagten) und legte vor allem die organisatorische Grundlage an der neuen Internationale fest. Der Gedanke an eine Sektion im Rahmen der Komintern mußte, in Anbetracht der Opposition seitens fast aller nichtrussischen Delegierten, fallengelassen werden. Die neue Organisation sollte eben eine Gewerkschaftsinternationale für sich sein, mit einer festen inneren Bindung. In Verbindung damit wurde auch ihr Name präzisiert: sie sollte nicht mehr Internationaler Rat usw., sondern die Rote Gewerkschaftsinternationale (russische abgekürzte Bezeichnung: Profintern) heißen; das Unschlüssige, wie es in der ursprünglichen Bezeichnung zu liegen schien, wurde somit abgestreift.

Die innere Struktur der RGI sollte von der des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) (vgl. d. Art.) grundverschieden sein.Der IGB ist eine internationale Vereinigung der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Die RGI sollte hiergegen eine internationale Zusammenfassung von Organisationen verschiedenster Art sein: Landeszentralen, internationale Berufsvereinigungen, nationale Verbände, örtliche Gewerkschaftsorganisationen, oppositionelle Minderheiten in den "Amsterdamer" Gewerkschaften. In dieser eigentümlichen Struktur der RGI kam ihr Wesen deutlich zum Ausdruck: Die RGI sollte nicht, wie der IGB,den organischen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften von unten nach oben fördern, sondern vor allem ein Instrument zu einer ideologischen Beeinflussung der Bewegung in verschiedenen Ländern von oben nach unten sein. So kam es daher weniger auf Klar-

heit und Einheitlichkeit des organisatori - schen Aufbaues als vielmehr auf die mögliche Vielheit und Vielgestaltigkeit der Verbindungen und folglich auch der Beeinflussungsmöglichkeiten, zugleich aber auch auf eine stärkere Unterordnung der einzelnen Glieder der Internationale unter die Zentrale.

Dieser Charakter der RGI machte in ihr das Bedürfnis nach einer schärferen Abgrenzung gegenüber dem IGB besonders lebendig. Der Kampf gegen den IGB bildete das eigentliche Element der neuen Internationale. Dies kam bereits in zugespitzter Form in der Präambel zu den Satzungen der RGI zum Ausdruck: "Der Internationale der Kraftlosigkeit, des Wirrwarrs und der Dienstbereitschaft vor der Bourgeoisie, als welche die Amsterdamer Internationale bezeichnet werden kann, muß die Internationale der revolutionären Aktion und der Aktivität entgegengestellt werden. Eine Internationale, welche gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale die Arbeiterklasse organisiert, um die Vernichtung der Bourgeoisie, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats, ferner die Besitzergreifung der Produktionsmittel und die Einführung des Kommunismus durchzusetzen." Die Satzungen be - stimmten ferner, daß eines der Ziele der RGI sei "die Führung des entschiedenen Kampfes gegen das Internationale Arbeitsamt (vgl. diesen Artikel) beim Völkerbund und gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, die infolge ihrer Programme und ihrer

Taktik als Stützpunkte der internationalen Bourgeoisie zu betrachten sind". In gleicher und noch schärferer Weise wurde die Feindseligkeit gegenüber dem IGB in einer Reihe weiterer Beschlüsse des Kongresses zum Ausdruck gebracht. Von einer Einheitsfront des Proletariats war dabei auf dem Kongreß überhaupt nicht gesprochen. Dies geschah erst später. Der Kongreß hielt es vielmehr für notwendig, ausdrücklich zu betonen (in der Entschließung über die Organisationsfrage), daß die Parole "Heraus aus den Gewerkschaften" zwar abzulehnen sei, daß aber auch "der Organisationsfetischismus" und die Parole "Einheit um jeden Preis" "auf das entschiedenste" zu verwerfen sind. "Die revolutionären Gewerkschaften sind gegen die Spaltung, sie sind für die Einheit, sie fürchten sich aber nicht vor der Spal - tung."

Das Organisationsverhältnis zu der Kommunistischen Internationale wurde, wie erwähnt, nicht im Sinne der Eingliederung in dieselbe, mit anderen Worten nicht im Sinne der Unterordnung, sondern formell im Sinne der Nebenordnung gestaltet. In einer besonderen Resolution beschloß der Kongreß, "möglichst enge Verbindung mit der III. Internationale, als der Avantgarde der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt (in der Betonung, daß die Komintern die eigentliche Avantgarde der Arbeiterbewegung ist, sollte wohl der Rest der früheren Auffassung zum Ausdruck gebracht werden), in der Form gegenseitiger Vertretung in den Exekutivorganen beider Internationalen, gemeinschaftlicher Beratungen und dergleichen anzuknüpfen" und "dieser Verbin-

dung einen organischen und geschäftlichen Charakter zu geben, der in gemeinschaftlicher Vorbereitung revolutionärer Aktionen und in einheitlicher Durchführung derselben in nationalem und internationalem Maßstabe Ausdruck finden muß". Aber auch dieser Beschluß konnte erst nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den Syndikalisten angenommen werden und bezeichnenderweise sahen die vom Kongreß beschlossenen Satzungen der RGI lediglich die Vertretung der RGI in dem Exekutivkomitee der Komintern (durch drei Delegierte mit entscheidender Stimme) vor, nicht aber die Vertretung der Komintern in der Exekutive der RGI.

Die Zusammenarbeit mit den Syndikalisten hat auch in ideologischer Hinsicht die neue Internationale beeinflußt. Das vom Kongreß beschlossene "Aktionsprogramm" der RGI betonte, daß "die taktische Grundlage" der Gewerkschaftsbewegung "die direkte Aktion der revolutionären Massen und ihrer Organisationen" bilden soll. Als "eine der ernsten Kampfformen" wurde die bekannte Taktik der "Besetzung der Betriebe" und der "Kontrolle der Produktion" ("bevor die Regierung und die herrschenden Klassen Kontrollsurrogate erfunden haben") empfohlen, wobei diese "Kontrolle" ausdrücklich "jener Erpressungs- und Betrugspolitik der Sozialisierung, mit der sich die Führer der alten Gewerkschaften mit Hilfe der herrschenden Klassen befassen", entgegengesetzt wurde.

3. DIE EINHEITSFRONTPOLITIK

Die RGI suchte von Anfang an, den unversöhnlichen Gegensatz zu dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu betonen. Logisch schien es naheliegend zu sein, daß der Trennungsstrich auch gegenüber den "Amsterdamer" Verbänden gezogen wird. Die Tatsache aber, daß "die alten Gewerkschaften gegenwärtig eine vielmillionenköpfige Arbeitermasse umfassen", daß neue Gewerkschaften nur "kleine Organisationen" sein könnten, ließ die RGI sich für die Taktik der "Eroberung der Gewerkschaften" entscheiden. Die Eroberung sollte mit Hilfe der Z e l l e n - T a k t i k geschehen, wie sie von der Komintern ausgearbeitet, von dem RGI-Kongreß stillschweigend gebilligt wurde. Von der ausdrücklichen Billigung des Zellengedankens sah man allerdings auf dem RGI-Kongreß aus taktischen Erwägungen ab, man beschränkte sich vielmehr auf die Ablehnung der von der Gelsenkirchener Freien Arbeiterunion eingebrachten Entschließung, die die Zellentaktik (und zugleich die Taktik der Eroberung der alten Gewerkschaften) verurteilte.

In der Praxis wirkte sich die Eroberungstaktik als eine Taktik aus, die sich gegen die innere Geschlossenheit und gegen die Einheit der Gewerkschaften richtet. Der organisierten Arbeiterschaft ist aber ein spontanes Streben zur Wahrung der Einheit der Bewegung eigen, und jeder Versuch, diese Einheit zu zerstören, wird daher von der Arbeiterschaft sehr unfreundlich empfunden und kann nur schwer auf einen Erfolg rechnen. Die Erobe-

rungstaktik, wie sie 1920 und 1921 gepflegt wurde, mußte daher nach Mitteln suchen, dieses instinktive Mißtrauen seitens der breiten Schichten der organisierten Arbeiterschaft zu überwinden. Diesem Ziel sollte die Parole der Einheitsfront dienen.

Das Problem wurde in der Komintern und in der RGI bereits wenige Wochen nach dem RGI-Kongreß (und dem ihm unmittelbar vorangegangenen III. Kongreß der Komintern) aufgerollt, wobei es sich sehr bald herausstellte, daß man in den führenden Kreisen der RGI (und der Komintern) mit der Parole der Einheitsfront weit divergierende Gedankengänge verknüpfte. In der von dem Exekutivbüro der RGI im September 1921 erlassenen Botschaft über die Offensive des Kapitals, in der die Idee der Einheitsfront erstmalig von der RGI aufgerollt wurde, wurde die Notwendigkeit der "Einheit der proletarischen Front" hervorgehoben, wobei es sich ausdrücklich um die Einheitsfront "der revolutionären Arbeiter" mit "den Arbeitern reformistischer Amsterdamer Gewerkschaften" (allerdings nicht um die Einheitsfront mit den Amsterdamer Verbänden) handelte. In der im Oktober 1921 erschienenen Schrift Losowskys (vgl. diesen Artikel), in der das Aktionsprogramm und die Taktik der RGI erläutert wurden, wurde hiergegen als aktuelle Aufgabe nur die Errichtung "der Einheitsfront aller revolutionärer Kräfte" hervorgehoben und erst nach der Erfüllung dieser Aufgabe sollte es angebracht sein, "die Einheitsfront der gesamten Arbeiterklasse", "an die Zusammenfassung aller Organisationen zu einer einzigen Kampfeinheit zu denken beginnen".

Erstmalig wurde das Problem der Einheitsfront vor einem größeren Forum in der Sitzung des Zentralrates der RGI (einer Art Konferenz der RGI) Ende Februar 1922 behandelt, wobei in den zwei Referaten, durch die die Aussprache eingeleitet wurde, die Auffassung von der Einheitsfronttaktik als von einem Manöver, das "die reformistisch denkenden Arbeiter in Gegensatz zu ihren Führern bringen, die aktiven Massen von ihren passiven Führern lösen wird" (Losowsky), einerseits, und die Neigung, den Einheitsfrontgedanken ernsthaft als solchen zu pflegen (Brandler), andererseits, deutlich zum Ausdruck kamen. Beide Auffassungen waren noch nicht bis in ihre letzten Konsequenzen durchdacht, ihre Gegensätzlichkeit noch nicht voll erkannt, was auch in der Entschließung d des Zentralrates seinen Widerhall gefunden hat. Die Praxis der Einheitsfront-Taktik entwickelte sich aber immer deutlicher im Sinne der Losowskyschen Auffassung, die auch die Auffassung der Exekutive der Komintern war.

Auf dem 2. Kongreß der RGI (vom 19. November bis 3. Dezember 1922) wurde das Problem eingehend erörtert. Der Manöver-Charakter der Einheitsfrontpolitik wurde hier deutlich in den Ausführungen des Referenten Heckert unterstrichen. Nach einer Reihe schärfster Ausfälle gegen die Amsterdamer "Gewerkschaftsbürokratie", die "die ständige Stütze der Kapitalisten" sei, betonte Heckert die Notwendigkeit der Einheitsfront: "Hätten wir heute den Arbeitern gesagt, daß die Amsterdamer Verräter seien und daß man daher die alalten Verbände verlassen und eine neue Organisation aufbauen solle, so hätten uns die

Arbeiter geantwortet: 'Jede Spaltung nützt den Kapitalisten.' Die Arbeiter wollen ihre Verbände erhalten,sie wollen den Feind vernichten, indem sie in einer Einheitsfront kämpfen." Die Einheitsfront-Parole sollte so mit den Kampf gegen die "Amsterdamer",die Gewinnung der Sympathien der Arbeiterschaft für die RGI und zugleich die Bekämpfung der Abwehrmaßnahmen der Amsterdamer Gewerkschaften gegen die Zersetzungsarbeit der RGI-Anhänger erleichtern. Sehr drastisch kamen diese Gedankengänge in der Entschließung des Kongresses zum Ausdruck: "Die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten opfern die Interessen des Proletariats der Rettung des kapitalistischen Staates"; sie sind "konterrevolutionär", sie sind "freiwillige Agenten der Bourgeoisie", sie "verhelfen der Weltbourgeoisie zu immer neuen Siegen über die Arbeiterklasse"; "der Verlust ihrer Positionen in der bürgerlichen Gesellschaft macht die Amsterdamer besonders haßerfüllt gegen die revolutionären Arbeiter"; "die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie steht ihnen höher als die Einheit der Gewerkschaften" usw. In dieser Art soll der Kampf der RGI-Anhänger innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften entfacht werden. Sollten diese zu Repressivmaßnahmen gegenüber den RGI-Anhängern greifen, so haben diese in der Einheitsfront-Parole die Deckung zu suchen: "Wie die Amsterdamer gezwungen sind, um ihre Politik fortsetzen zu können, die Arbeitsklasse zu zersplittern und ihre Gewerkschaften zu spalten, so müssen umgekehrt die revolutionären Arbeiter für die Einheitsfront kämpfen und die Einheit der Arbeiterklasse wiederherstellen". Daß daneben in der Entschließung

des Kongresses selbst betont wurde, daß "ohne Einheitsfront kein Sieg über das Kapital möglich sei", daß "um den Abwehrkampf gegen das Kapital aufnehmen zu können, aus ihm die Gegenoffensive zu entwickeln, die Bildung der Einheitsfront die erste Vorbedingung ist", gehörte eben zu der Taktik der Einheitsfront.

In den darauf folgenden Jahren wurde die Einheitsfrontpolitik immer mehr zu dem eigentlichen Wesen der gesamten Politik der RGI und der Komintern. Sie wurde besonders eingehend auf dem 5. Kongreß der Komintern (vom 17.Juni bis 8. Juli 1924) und dem 3. Kongreß der RGI (vom 8. bis 22. Juli 1922) erörtert. Auf dem Kongreß der Komintern war es natürlich nicht das spezielle Problem der gewerkschaftlichen Einheitsfrontpolitik, sondern das allgemeine Problem der proletarischen Einheitsfront, welches im Vordergrund stand. Bereits in dem Bericht des Exekutivkomitees der Komintern hat Sinowjew den Sinn der Einheitsfrontpolitik mit aller Schärfe präzisiert: "Es hat sich herausgestellt, daß manche Genossen es nicht verstanden haben, daß die Taktik der Einheitsfront für die Komintern lediglich eine Methode der Agitation und der Mobilisation der Massen ist". Als Radek darauf in der Debatte gegen Sinowjews Ausführungen polemisierte und für die "ehrliche und offene" Durchführung der Einheitsfronttaktik sich einsetzte, wurde er auf das Entschiedenste zurückgewiesen. In einer direkten Polemik gegen Radek führte Bucharin aus, daß die Taktik der Einheitsfront "das Ziel verfolgt, in den Massen zu agitieren, sie zu mobilisieren und den Gegner zu entlarven", die Entlarvung der "Reformisten" sei eben "das Wichtigste" in der Ein-

heitsfronttaktik. Diese Gedankengänge wurden in der Entschließung des Komintern-Kongresses wie folgt formuliert:

"Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für eine ganze Periode. Alle Versuche, diese Taktik als eine politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie auszulegen, sind ein Opportunismus, der von der Komintern verworfen werde...Die Einheitsfront war und bleibt die Taktik des revolutionär-strategischen Manövers des von allen Seiten von Feinden umzingelten kommunistischen Vortrupps im Kampfe in erster Linie gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie und keineswegs eine Taktik des Bundes mit diesen Führern."

Bei der Erörterung des Problems der gewerkschaftlichen Einheitsfront brauchte der Kongreß der Komintern nicht mehr lange zu verweilen. Es handelte sich vor allem um die Frage über die eventuellen Verhandlungen der RGI mit dem Internationalen Gewerkschafts - bund betreffs Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit der Gewerk - schaftsbewegung. Die Bedeutung der Einheitsfronttaktik wurde bei dieser Gelegenheit mit besonderer Klarheit von Sémard (Frankreich) begründet: "Wir glauben, daß die Taktik der Einheit ein Mittel ist, an reformistische, von ihren Führern betrogene Massen heranzukommen und ihnen den Verrat ihrer Führer zu beweisen ... Ich behaupte, daß, wenn man in einem beliebigen Lande die Proletarier - mögen sie Reformisten oder Revolutionäre sein-

fragt,ob sie für oder gegen die Einheit sind, alle Arbeiter sich für die gewerkschaftliche Einheit aussprechen werden. Es wäre dumm,dieses Streben der breiten Massen zur gewerkschaftlichen Einheit nicht auszunutzen. Werden wir denn so dumm sein, diesen Drang zur Einheit nicht auszunutzen, um die sozialdemokratischen Führer zu schlagen?"Ähnlich äußerten sich zahlreiche weitere Redner, wobei Losowsky insbesondere auf die eventuellen Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund einging: "Das wichtigste für uns ist, ob der Vorschlag, den wir den Amsterdamern machen werden, uns die Möglichkeit geben wird, noch näher an die Massen heranzutreten, die sich in den reformistischen Gewerkschaften befinden. Es ist für uns von Bedeutung, wenn wir auf der Grundlage unserer Vorschläge in die reformistischen Verbände eindringen können, wenn es möglich sein wird - mag es auch unter dem Risiko geschehen, zwei bis drei Tage in der Gesellschaft der Herren Jouhaux & Co zu leiden - noch weitere Sympathien der Arbeiterklasse für uns zu gewinnen ... Am wenigsten denke ich an die Liquidation der RGI. Unsere Taktik wird gerade das Gegenteil erreichen: die Liquidation der Amsterdamer Internationale."

Der Kongreß der RGI, der dem Komintern-Kongreß unmittelbar folgte, ging stillschweigend von den Komintern-Beschlüssen aus. Eine Auseinandersetzung mit den "rechts"-oppositionellen Anhängern einer "ehrlichen" Einheitsfrontpolitik konnte unter diesen Umständen unterbleiben. Die Einheitsfrontpolitik wurde auf dem Kongreß in einem Referat Losowskys

begründet als eine Methode zu "einer kolossalen Steigerung unserer revolutionären Energie" im Kampfe gegen die "Reformisten": sie soll ein Mittel sein, die Amsterdamer Verbände "auf den Kopf zu stellen, die Reformisten aus ihnen zu vertreiben und die ganze Energie des revolutionären Teils der Arbeiterklasse auf das Erfassen der Massen zu richten." Die gleichen Gedankengänge, wenn auch in einer vorsichtigeren Formulierung, kamen in der Entschließung des Kongresses zum Ausdruck.

In der praktischen Ausgestaltung der Einheitsfrontpolitik hat der Kongreß auch einen neuen Gedanken gebracht: "Die Einberufung eines Internationalen Einigungskongresses der Gewerkschaften, auf dem - aufgrund einer Verhältniswahl - die den beiden Internationalen (Moskau und Amsterdam) angeschlossenen Gewerkschaften vertreten sein sollen, um für die neue vereinigte Internationale gemeinsame Satzungen auszuarbeiten und Vollzugsorgane zu wählen." Die völlige Erfolglosigkeit des Kampfes gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund war es, die die Führer der RGI dazu bewegte, diese neue Schwenkung zu versuchen. Worauf es dabei ankam, wurde wenige Monate später auf dem VI. Russischen Gewerkschaftskongreß (im November 1924) von Losowsky erläutert:

"Wir wissen, welch ein Abgrund uns Kommunisten von den Reformisten trennt; wir wissen, daß wir in allen grundsätzlichen und praktischen Fragen verschiedene Stellung einnehmen, daß in den wichtigsten Fragen der internationalen Bewegung wir auf den entgegengesetzten Polen stehen und trotzdem schlagen wir vor,

einen Kongreß gemäß den demokratischen Prinzipien einzuberufen. Der Kongreß mag entscheiden, wer die Mehrheit hat, und wir sagen, im voraus, daß, auch wenn wir in der Minderheit sein werden, wir innerhalb der Internationale verbleiben werden. Ihr werdet regieren, und wir werden für die Durchführung unserer Prinzipien in den Massen der Arbeiterschaft kämpfen."

Von einer Bindung an die Beschlüsse des zukünftigen Kongresses, von einer sachlichen Einigung auf dem Kongreß wollte man nichts wissen: wollte man doch "in allen (!) grundsätzlichen und praktischen (!) Fragen" entschieden ("Abgrund"), uneinig sein, und diese "polare" Uneinigkeit suchte man erst recht zu unterstreichen. Die organisatorische Einheit sollte nur dazu dienen, den Kommunisten zu ermöglichen, den Kampf gegen die Amsterdamer "Verräter" innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften auf einer breiteren Grundlage zu führen.

Die Idee des Einigungskongresses war der Hoffnung entsprungen, Meinungsverschiedenheiten, wie sie innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dessen Wiener Kongreß (im Juni 1924) zutage traten (englische Anregung, Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften ohne Vorbedingungen anzuknüpfen), auswerten und verschärfen zu können. Bereits in einem Presseinterview nach dem Wiener Kongreß warf Losowsky den Gedanken des Einigungskongresses auf, und am gleichen Tage drückte er in einem Artikel in der "Prawda" seine Hoffnung auf "die Erweiterung des Risses (innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbun-

des), die Verschärfung des politischen Ideenkampfes und den organisatorischen Zerfall der Amsterdamer Internationale aus".

In der zweiten Hälfte 1924 wurde dann versucht, das Manöver zu erweitern und eine Art Einigung mit den englischen Gewerkschaften zu erreichen. Da es aber bald offensichtlich wurde, daß die Engländer nicht geneigt waren, sich auf eine Sondervereinbarung mit der RGI einzulassen und zu dem Internationalen Gewerkschaftsbund treu hielten, wurde die Aktion auf einer anderen Grundlage eingeleitet. Es wurde ein Versuch unternommen, durch direkte Verhandlungen zwischen dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjet-Union und dem Generalrat der englischen Gewerkschaften einen englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschuß zu bilden, der die internationale Einheit fördern sollte. Die Engländer versuchten in dem Ausschuß, die russischen Gewerkschaften und durch sie auch andere "rote" Gewerkschaften zum Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu bewegen; die russischen Gewerkschaftsführer suchten - in der Hoffnung auf die Zersetzung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale - zu manövrieren. Sie mußten aber bald einsehen, daß ihre Hoffnung trügerisch war, und in den Reihen der russischen Gewerkschaftsführer selbst zeigte sich allmählich die Neigung, ernsthaft an den Gedanken der internationalen Einheit heranzutreten. Es war der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjet-Union, Tomski, der sich diesen Ge-

danken immer mehr zu eigen machte, und auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union Ende Dezember 1925 trat er mit großer Schärfe gegen die "heuchlerische und doppelzüngige" Politik Losowskys auf, die er als einen Versuch charakterisierte, "unter dem Schein der Einheit, mit den Worten von der Einheit auf den Lippen zur Spaltung zu treiben und zu glauben, daß es niemand merken wird". Tomski (vergleiche diesen Artikel) forderte den Kongreß auf, sich "ehrlich und aufrichtig" für die internationale Einheit zu entscheiden und den Weg zu dem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund den russischen Gewerkschaften nicht absolut zu versperren. Diese Erklärung Tomskis rief große Unruhe in den internationalen kommunistischen Kreisen hervor, und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union sah sich kaum zwei Wochen nach dem Parteikongreß veranlaßt, in einem Schreiben "an alle Sektionen der Komintern" Tomski zu desavouieren und "alles konterrevolutionäre Geschwätz über den beabsichtigten Anschluß der Gewerkschaften der Sowjet-Union an den Amsterdamer Gewerkschaftsbund auf das entschiedenste zurückzuweisen". Die scharfe Form dieser Erklärung sollte wohl allen Versuchen, auf den von Tomski empfohlenen Weg zurückzukehren, den Riegel vorschieben und hat auch dieses Ziel erreicht. Tomski selbst hat sich bald des besseren besonnen. Der englisch-russische Ausschuß verfiel immer mehr dem Siechtum und wurde schließlich im Herbst 1927 für aufgelöst erklärt.

Die Einheitsfrontpolitik starb um diese Zeit bereits sichtlich ab. Die Neuorientierung,

von den Führern der RGI noch seit der ersten Hälfte 1926 allmählich eingeleitet, kam insbesondere in den Warnungen vor der Über - schätzung der Bedeutung der Einheit zum Ausdruck, wie auch in der betonten Gleichstellung der Amsterdamer mit den nicht-sozialistischen Gewerkschaften: "Man muß mit dem alten Vorurteil Schluß machen, als ob die Reformisten uns näher stehen, als die Nationalisten oder die Liberalen; wie diese sind auch jene in gleichem Maße unsere Feinde", verkündete Losowsky erstmalig im März 1926, und seit jener Zeit wurde dieser Gedanke immer wieder in den Vordergrund gerückt. Da aber der Gedanke an eine Einheitsfront mit den liberalen, christlichen, nationalisti - schen und ähnlichen Verbänden nicht einmal aufgeworfen wurde, so artete diese Einheitsfrontpolitik immer mehr zu einem Versuch, die "Einheitsfront" mit den in den nichtkommunistischen Verbänden organisierten Arbeitern gegen ihre eigenen Organisationen aufzurichten, d. h. zu einem genauen Gegenteil einer wahren Einheitsfront. So wurde allmählich die taktische Umstellung vorbereitet, die dann auf dem IV. Kongreß der RGI vorgenommen wurde.

4. DER NEUE KURS

Die Hoffnung, die Gewerkschaften für die RGI mit Hilfe der Einheitsfrontpolitik, wie sie oben geschildert wurde, zu "erobern", wurde von den RGI-Führern zu Beginn des Jahres 1928 aufgegeben. "Es wäre utopisch," glauben zu

wollen", schrieb am Vorabend des IV. RGI-Kongresses Losowsky, "daß sich der Apparat der Gewerkschaften mit normalen gewerkschaftlichen Methoden erobern läßt ... Man darf sich über die Möglichkeit, die Spitze der Gewerkschaften zu erobern, keinen Illusionen hingeben ... Die reformistischen Gewerkschaftsspitzenhat ihr Schicksal mit dem des bürgerlichen Staates verbunden, sie wird zusammen mit ihm gestürzt werden. Soweit nun in den meisten Ländern der Sturz des bürgerlichen Staates gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht, wird man offensichtlich die Frage des Kampfes um die Leitung der Massen auf einem anderen Wege lösen müssen".

Sollte es nun heißen, daß jetzt Parallelverbände geschaffen werden, daß die RGI offen zu einer Gewerkschaftsspaltung aufruft? In den führenden RGI-Kreisen war man sich wohl bewußt, wie gering die Chancen einer offenen Gewerkschaftsspaltung sind, und so empfahl Losowsky zu versuchen, auf eine andere Art das Problem zu lösen: durch Schaffung kommunistischer Parallelleitungen in den "reformistischen" Verbänden: "Der Dualismus ist unvermeidlich, d. h. unvermeidlich sind zwei Leitungen innerhalb einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation", die eine - die satzungsmäßige, die andere - die "revolutionäre", die sich nicht um die Verbands-l e g a l i t ä t kümmert und insbesondere während der Wirtschaftskämpfe in Erscheinung tritt: "Betrachtet man die Dinge unter dem Gesichtswinkel der Satzungen, dann freilich haben die Arbeiter kein Recht, gegen den Willen ihres Verbandes zu streiken. An sich ist das aber nicht nur ihr Recht, sondern ihre

Pflicht". Man muß die Massen "warnen", "daß sie im entscheidenden Moment stets die reformistischen Führer gegen sich haben werden. Damit bereiten wir die Möglichkeit von Aktionen der Massen gegen die offiziellen Gewerkschaftsinstanzen", was "uns" ermöglichen wird,"uns an die Spitze der anwachsenden Bewegung zu setzen, ohne uns um Formalitäten und "erworbene Rechte" der Gewerkschaftsbürokratie zu kümmern". Und nun noch schärfer: "Der Kampf zwischen den Anhängern der RGI und den Amsterdamern ist ein Klassenkampf. Daher ist es lächerlich, von den revolutionären Arbeitern Loyalität zu fordern."

Auf dem IV. RGI-Kongreß (vom 17. März bis 3. April 1928) stießen allerdings diese letzten Endes auf eine Gewerkschaftsspaltung hinauslaufenden Gedankengänge auf einen energischen Widerstand seitens der "rechten" Kommunisten (sie sind inzwischen alle, sei es aus der Gewerkschaftsbewegung "abberufen", wie Tomski, Jaglom u. a. russische Tomskianer, sei es aus den kommunistischen Parteien und der RGI ausgeschlossen, wie die Deutschen Brandler und Walcher,der Tscheche Hais u.a.). Die extremen Formulierungen Losowskys wurden daher in den Entschließungen des Kongresses der Form nach wesentlich abgeschwächt, sachlich aber war die Umstellung unverkennbar. Man suchte zwar den Schein zu wahren, als ob die Einheitsfrontpolitik unverändert fortgesetzt wird, man betonte aber zugleich mit aller Deutlichkeit, daß die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe "ohne und gegen den Willen der Verbände" eine der wichtigsten Aufgaben der RGI-Anhänger ist.Auch die Idee der offenen Gewerkschaftsspaltung

fand bereits in den Entschließungen des Kongresses ihre Anerkennung, wenn auch vorerst der Kongreß nur für e i n Land ausdrücklich die Orientierung auf die Schaffung neuer Verbände vorschrieb. Dies waren die Vereinigten Staaten Amerikas: die RGI-Anhänger (die "Liga für Gewerkschaftspropaganda") sollten zwar nach wie vor ihre Tätigkeit in den dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden "entfalten und stärken"; die zentrale Aufgabe der Liga für Gewerkschaftspropaganda sollte aber in der "Organisierung der Nichtorganisierten" bestehen, und zwar durch "Schaffung von Gewerkschaften in denjenigen Industriezweigen, in denen die Arbeiter gänzlich oder fast gänzlich unorganisiert sind. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Automobil-, Gummi-, Stahl-, Schuh- und Textilindustrie und auf den Wassertransport". Bereits diese Aufzählung zeigt, daß die Klausel: die neuen Verbände seien nur in den Industriezweigen zu schaffen, in denen die Arbeiter "gänzlich oder fast gänzlich unorganisiert sind", nur dazu dienen sollte, die allgemeine Einstellung auf die Schaffung neuer Verbände zu verschleiern. In der Tat setzte sich Losowsky in seinen Ausführungen auf dem Kongreß energisch für den Gedanken der Gewerkschaftsspaltung ein und sprach höhnisch von der amerikanischen "Krankheit", durch die auch die amerikanischen Kommunisten angesteckt werden, der Krankheit, die in der "Angst vor dem 'Dual-Unionism', den Parallelverbänden" besteht.
Beide Gedankengänge (der der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe und der der Schaffung neuer Verbände) fanden bald ihre

weitere Entwicklung. Die Zuspitzung der Wirtschaftskämpfe in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 (vor allem der Riesenkampf in Nordwest-Deutschland) haben insbesondere den ersten Gedanken in den kommunistischen Kreisen stark gefördert. Im Januar 1929 wurde von dem Vollzugsbüro der RGI eine Konferenz "zum Studium der Lehren der Wirtschaftskämpfe" in Straßburg einberufen, die detaillierte Richtlinien für die selbständige Führung der Wirtschaftskämpfe durch die RGI-Anhänger ausgearbeitet hat. Zur Führung von Streiks sollen Streikausschüsse (Kampfleitungen) gebildet werden, wobei "ganz besonders darauf zu achten ist, daß die Streikleitungen von der Beeinflussung durch die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie geschützt werden" und "man ganz entschieden dagegen ankämpfen muß, daß offizielle Vertreter der reformistischen Verbände in die Streikleitungen kooptiert werden. Man soll überhaupt keine offiziellen Vertreter der reformistischen Verbände in die Streikleitungen aufnehmen ... Alle Versuche, während des Streiks den Kampf gegen Gewerkschaftsbürokratie zu mildern unter dem Vorwand, daß sie an der Spitze des Streiks stehe, müssen auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Gerade während des Streiks gilt es, die Energie zu verzehnfachen, um die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, ihre Methoden der Streikabwürgung, ihre Schiebungen, ihr Techtelmechtel mit der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat usw. zu entlarven. Diese Entlarvung soll nicht allein durch die Parteipresse, sondern muß auch ganz besonders durch die Streikleitun-

gen erfolgen, denn nur dadurch, daß dem reformistisch beherrschten Gewerkschaftsapparat die Streikleitung entgegengesetzt wird, kann man eine wirklich selbständige Leitung der Wirtschaftskämpfe durchsetzen."

Die Praxis einer solchen "Streikstrategie" mußte die RGI-Anhänger unmittelbar vor die Frage der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung stellen. Es lag nahe, die Streikausschüsse als organisatorische Stützpunkte der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung" auch nach dem Abschluß der Streiks zu erhalten, sie zu Keimzellen der "roten" Gewerkschaften zu gestalten. In der Tat wurde dieser Gedanke in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 in kommunistischen Kreisen sehr lebhaft erörtert. Zu einer konsequenten Weiterbefolgung des eingeschlagenen Weges konnte man sich jedoch noch nicht entschließen. Die ungünstigen Ergebnisse der ersten Versuche der selbständigen Führung von Wirtschaftskämpfen und die Befürchtung, die neuen Verbände mit dem Erbe der Streikausschüsse zu schwer zu belasten, hielten die Führer der RGI davon ab, den anscheinend so selbstverständlichen Schritt von der Schaffung selbständiger Streikausschüsse zur Schaffung selbständiger "roter" Verbände zu empfehlen. Sehr anschaulich hat das X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Juli 1929 die Zwischenstellung, in der man vorläufig verharrte, wiedergegeben. Die vom Plenum nach den Referaten von Losowsky und Thälmann angenommene Entschließung betonte zwar, daß die Kampfleitungen nur "zeitweilige Organisationen" (soll wohl heißen: Organe) sein sollen; "nach Beendigung des Kampfes und nach der Durchführung

der Berichterstattung werden sie aufgelöst." Bei der Schaffung von Kampfleitungen sollte man aber durchsetzen, daß sie "der reformistischen Gewerkschaftsführung nicht nur in jeder Beziehung entgegengestellt werden, daß sie den Kampf bis zum Abschluß führen, sondern auch durch Abschluß von Tarifabkommen, durch Verankerung der Ergebnisse des Kampfes und dadurch, daß sie die Initiative zur Bildung von Tarifkommissionen und Organen zur Kontrolle der Durchführung des abgeschlossenen Abkommens auf sich nehmen". Die Frage, wie solche Organe außerhalb der bestehenden Gewerkschaften und zugleich ohne Gründung neuer Verbände geschaffen werden können, blieb offen.

Deutlicher äußerte sich das X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern zu dem Problem der neuen Verbände. Auf dem IV. RGI-Kongreß im Frühjahr 1928 hatte man die Idee der neuen Verbände nur ausnahmsweise für die Vereinigten Staaten ausdrücklich anerkannt. Die Entschließung vom Juli 1929 enthält hingegen bereits ein ganzes Kapitel von allgemeiner Bedeutung: "Unter welchen Bedingungen ist die Bildung neuer Gewerkschaften notwendig?" "Das Anschwellen der Arbeiterbewegung hat auch das neue Problem der Bildung neuer revolutionärer Gewerkschaften in gewissen Etappen und unter der Voraussetzung bestimmter Bedingungen entstehen lassen." Allerdings, "die Kommunisten müssen begreifen, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht eine Frage der mechanischen Bildung neuer Gewerkschaften ist . Die Bildung neuer Gewerkschaften ist nur möglich bei einem Aufschwung der Streikwelle, nur dort, wo der politische

Kampf eine starke Zuspitzung erfahren hat, wo bedeutende Massen des Proletariats das sozialimperialistische Wesen der reformistischen Bürokratie bereits begriffen haben und wo diese Massen die Bildung einer neuen Gewerkschaft aktiv unterstützen". - Und entsprechend hat sich auch die allgemeine Einstellung gegenüber den "reformistischen" Gewerkschaften merklich verschoben: Wenn die Entschließung des IV. RGI-Kongresses noch überlieferungsgemäß zu der "intensiven Werbearbeit für den Eintritt in die freien Gewerkschaften" aufforderte, wurde jetzt nur von der "verstärkten Heranziehung von neuen, bisher unorganisierten Arbeitern in die Gewerkschaften auf Grund der Plattform der revolutionären Opposition" gesprochen. Thälmann ließ in seinem Referat keine Zweifel darüber, was unter dieser etwas unbestimmten Formel zu verstehen war: "Wir müssen heute unsere gewerkschaftliche Werbearbeit a n d e r s gestalten, als es früher der Fall gewesen ist. Früher haben wir ganz allgemein, ohne politische Differenzierung, zum Eintritt in die Gewerkschaften aufgefordert. Heute propagieren wir nicht den unterschiedslosen Eintritt aller Arbeiter in die reformistischen Gewerkschaften, sondern nur den Eintritt der klassenbewußten revolutionären Arbeiter zur Stärkung der revolutionären Opposition."

Die Entwicklungstendenz zum "Dual-Unionism" trat in der Praxis der RGI immer deutlicher in Erscheinung. Ende 1929 wird in der führenden RGI-Zeitschrift der amerikanischen "Liga für Gewerkschaftseinheit" (wie seit dem Herbst des gleichen Jahres die frühere

Liga für Gewerkschaftspropaganda heißt) bereits zum Vorwurf gemacht, daß sie in ihrem Programm sich zum Ziele setzt, neue Verbände nur in denjenigen Gewerbezweigen zu schaffen, "wo keine Verbände vorhanden sind oder wo die bestehenden Verbände sich in einem Zustand der Zersetzung oder der Ohnmacht befinden". Ohne merken zu lassen, daß sie hier im wesentlichen gegen den Beschluß des IV. RGI-Kongresses polemisiert, wendet sich die RGI-Zeitschrift scharf gegen die amerikanische Formel: "Diese Erklärung ist ein Nachhall des alten Kampfes gegen die Schaffung neuer revolutionärer Verbände, denn die Erfahrungen lehren, daß man in den Vereinigten Staaten sehr häufig Parallelverbände organisieren muß." Im gleichen Sinne wurde um diese Zeit in der RGI-Presse Kritik auch an der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung" in den anderen Ländern geführt.

Der V. RGI-Kongreß (15. bis 30. August 1930) sollte daraus die Schlußfolgerung ziehen. Man hütete sich allerdings auf dem Kongreß, allgemein und ausdrücklich die Parole der Bildung von neuen Verbänden und der allgemeinen Gewerkschaftsspaltung auszugeben. "Die Gefahr besteht hier darin", führte auf dem Kongreß Losowsky aus, "daß es bei nicht genügend umsichtigem Verhalten passieren kann, daß wir den bewußten Teil der Arbeiterschaft von der Masse loslösen, nur die bewußten Arbeiter allein in einem Verband vereinigen, während die übrige Masse unter reformistischer Leitung bleibt. Deshalb ist die Frage der Schaffung eines neuen Verbandes eine solche, die in jedem einzelnen Falle sorgfälig zu erwägen ist!"

Man suchte aber eine solche Organisationsform zu schaffen, die es den RGI-Anhängern ermöglichen könnte, tatsächlich neue Verbände zu bilden, zugleich aber auch "oppositionelle" Gruppen in den "reformistischen" Verbänden zu behalten. Die Entschließung des Kongresses formulierte dies (wohlbbewußt etwas ver - schwommen) wie folgt:

"In Ländern wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte Revolutionäre Gewerk - schaftsopposition (RGO) besteht, und Polen, wo die Basis für eine RGO bereits geschaffen ist, sollen die Unorganisierten zum Eintritt in die RGO aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der RGO.Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole 'Hinein in die reformistischen Gewerkschaften', wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und auf freiwilligen Austritt der Anhänger der RGI aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGI-Anhänger in diesen Ländern müssen ... jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung... hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten, zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen."

Bezüglich der "Herausbildung der organisatorischen Formen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung" wurde ferner auf dem Kongreß ausdrücklich auf die "positiven Erfahrungen der RGO Deutschlands" hingewiesen. Diese "Erfahrungen" mündeten in den Beschlüssen der Berliner RGO-Konferenz vom Ende Juli 1930, die den Ausbau der RGO-Gruppen mit Beitragserhebung, Mitgliedsbücherausgabe u. a. m. vorsahen, wobei in den Gruppen nicht nur die "oppositionellen" Mitglieder der "reformistischen" Verbände, sondern auch die unmittelbar in den RGO-Gruppen organisierten Arbeiter zusammengefaßt werden sollten. Unter der Bezeichnung RGO-Gruppen sollte somit die Synthese der Zellenpolitik mit der Politik der selbständigen Verbände geschaffen und der Weg zum Ausbau der selbständigen "roten" Gewerkschaften geebnet werden. Seit dem V. RGI-Kongreß treten in der Tat die RGI-Anhänger in verschiedenen Ländern (insbesondere in Deutschland) immer offener und entschlossener für die Politik des konsequenten "Dual-Unionism" auf.

5. DIE INNERE STRUKTUR DER RGI

Die Grundsätze des organisatorischen Aufbaus der RGI wurden seit dem I. Kongreß nicht geändert (s. o.). Die Organe der RGI sind der Kongreß, der Zentralrat und das Vollzugsbüro. Der Kongreß ist das oberste Organ der RGI und wird (nach den Satzungen) "nach Möglichkeit nicht seltener als einmal jährlich" einberufen, in der Praxis allerdings seltener: Der

I. Kongreß fand im Juli 1921 statt, der II. im November/Dezember 1922, der III. im Juli 1924, der IV. im März/April 1928, der V. im August 1930. Die leitenden Organe der RGI in der Zeit zwischen den Kongressen sind der Zentralrat und das Vollzugsbüro. Der Zentralrat soll eine Art kleiner Kongreß sein, an dem alle Landesverbände (bzw. "Minderheiten") mit mindestens 5000 Mitgliedern mit ein bis sechs Delegierten vertreten sind: darüber hinaus wird die Beschickung der "Sessionen" des Zentralrates mit zahlreichen Delegierten mit beratender Stimme vorgesehen, so daß an den Sitzungen des Zentralrates unter Umständen über 200 Delegierte teilnehmen. Die Mitglieder des Zentralrates werden auf dem Kongreß der RGI für die Zeit bis zu dem nächsten Kongreß gewählt, wodurch dem Zentralrat der Charakter eines ständigen Organs verliehen werden soll. Der Zentralrat soll (nach den Satzungen) "mindestens zweimal jährlich" zusammentreten;dies erweist sich aber als unmöglich, und insgesamt wurden bis Ende 1931 nur acht Sessionen des Zentralrates einberufen, von denen drei unmittelbar im Anschluß an die Kongresse abgehalten wurden.

Das eigentliche ständige leitende Organ der RGI ist ihr Vollzugsbüro. Es soll auf dem Kongreß gewählt werden, wurde allerdings nach dem I., IV. und V. Kongreß vom Zentralrat gewählt und besteht aus 15 Mitgliedern, von denen drei die Vertreter der Sowjet-Union sind und zwölf die übrigen Länder bzw. Ländergruppen vertreten. In der Zeit zwischen den Kongressen können die Mitglieder des Vollzugsbüros - unter Zustimmung des Vollzugsbüros selbst - von ihren Organisationen abberufen

und durch andere Vertreter ersetzt werden. Der Generalsekretär des Vollzugsbüros des Internationalen Gewerkschaftsrates war bis Mai 1921 Tomski (vgl. diesen Artikel), vom Mai 1921 - in dem Internationalen Gewerkschaftsrat und dann in der RGI - und bis heute Losowsky (vgl. diesen Artikel).

Die Mittel der RGI sollen - nach dem Beschluß des IV. Kongresses - aus Beiträgen der angeschlossenen Organisationen in Höhe von 0,5 amerikanischen Cents pro Kopf und Jahr gebildet werden.

Geändert wurde formell seit dem I. Kongreß das Verhältnis der RGI zu der Komintern. Die Verbindung mit der Komintern, wie sie auf dem I. Kongreß beschlossen wurde (s. o.)rief starke Unzufriedenheit in den syndikalistischen Kreisen hervor, mit denen die RGI um diese Zeit nahe Beziehungen zu pflegen suchte. Um einem Bruch mit den Syndikalisten vorzubeugen, beschloß der II. Kongreß,die Satzungen zu ändern und die ständige organisatorische Verbindung mit der Komintern aufzugeben. Statt der ständigen Vertretung der Komintern und umgekehrt wurde nun auf dem II. Kongreß beschlossen, daß das Vollzugsbüro der RGI, "wenn es die Umstände erfordern", "internationale Übereinkommen" mit der Exekutive der Komintern abschließen, gemeinsame Sitzungen abhalten, gemeinsame Aufrufe erlassen, gemeinsame "Aktionsausschüsse" ("die die gemeinsamen Beschlüsse durchführen und für die Dauer der Aktion bestehen bleiben") bilden "kann". Durch diese Änderung wurde das Verhältnis zu der Komintern nur formell, nicht aber tatsächlich geändert.

6. DER ORGANISATIONSBESTAND DER RGI

Die genaue Feststellung des organisatorischen Bestandes der RGI ist kaum möglich, da die RGI neben den ihr angeschlossenen Gewerkschaften auch die "revolutionären Minderheiten" in den "reformistischen" u. a. Gewerkschaften zu ihrem Bestand zählt. Die RGI selbst hat wiederholt Angaben veröffentlicht, die sichtlich mehr den agitatorischen Bedürfnissen als der Wirklichkeit entsprachen. Der Internationale Gewerkschaftsrat soll bereits bei seiner Gründung im Juli 1920 8.955.000 Mitglieder vertreten haben (darunter 5.200.000 Mitglieder der russischen Gewerkschaften). Deren Zahl soll, laut dem Bericht zum I. Kongreß, zum Juli 1921 sich auf 16.252.000 erhöht haben (darunter 6.500.000 in den russischen Gewerkschaften). Die Berichte für den II. und den III. Kongreß vermieden zusammenfassende Angaben. Losowsky schätzte aber die Zahl der RGI-Anhänger im August 1923 auf 12 bis 13 Millionen (darunter 5 Millionen Russen). Der Bericht für den IV. Kongreß enthält endlich nähere Angaben über "die Kräfte der RGI" im Jahre 1927. Danach zählten um diese Zeit die der RGI angeschlossenen Gewerkschaften insgesamt 13.862.200 Mitglieder, und zwar

10.248.000 in der Sowjet-Union
2.800.000 in China
525.000 in Frankreich
196.500 in der Tschechoslowakei
50.000 in Chile
18.000 in Irland

und in den sieben weiteren Ländern insgesamt 24.700 Mitglieder. Ferner gehörten nach dieser Statistik in 26 Ländern "revolutio-

näre Minderheiten" der RGI mit insgesamt 2.874.600 Mitgliedern an (darunter 1 Mill. in Deutschland und 800.000 in England), so daß die Gesamtzahl der RGI-Anhänger auf 16.736.800, d. h. nahezu 17 Millionen geschätzt wurde. Der Bericht für den V.Kongreß vermeidet es wiederum, zusammenfassende Zahlen für die hinter der RGI stehenden "Kräfte" anzugeben, in den RGI-Schriften wird aber bis in die neueste Zeit immer wieder die Zahl von 17 Millionen RGI-Mitgliedern genannt.

Diese Angaben, soweit sie sich nicht auf die Gewerkschaften der Sowjet-Union beziehen, die eine Sonderstellung in der RGI einnehmen und deren Entwicklung besonderen Gesetzen unterliegt, können kaum einer Prüfung standhalten. Es soll hier ein Versuch unternommen werden, wenigstens für die wichtigsten RGI-Sektionen an Hand der Angaben, die zum V. Kongreß (August 1930) und zu der 8. Session des Zentralrates der RGI (Dezember 31) veröffentlicht wurden, eine solche Prüfung vorzunehmen.

Als die stärkste RGI-Sektion nach der Sowjet-Union wurde auf dem V.Kongreß die deutsche Sektion gefeiert. Seit dem V. Kongreß sollte sie, in Verbindung mit der Krise und der starken Radikalisierung der Arbeiterschaft, an Boden gewonnen haben, und trotzdem zählte die deutsche RGO Ende 1931 nach eigenen Angaben nur rund 300.000 Mitglieder (1927 sollten es, nach der obigen Statistik, 1 Million sein),
Viel ungünstiger liegen die Verhältnisse in Frankreich, wo es der RGI gelungen war, 1921

den Gewerkschaftsbund (Confédération Général du Travail) zu spalten und einen parallelen "Unitarischen Gewerkschaftsbund" (Confédération Général du Travail Unitaire) aufzubauen. Bereits auf dem IV. RGI-Kongreß mußte der Leiter der CGTU, Monmousseau, "den Stillstand in dem Wachstum" der CGTU bei einem gleichzeitigen "Wachstum der CGT" zugeben. Auf dem V. Kongreß wurde bereits in der Kongreß-Entschließung "der Rückgang der Mitgliedschaft" in der CGTU festgestellt; in der Zeit zwischen dem V. Kongreß und der 8. Session des Zentralrates hat dann die CGTU weitere 54.000 Mitglieder verloren.
In der Tschechoslowakei gelang es der RGI, wie in Frankreich, eine "rote" gewerkschaftliche Landeszentrale Ende 1922 ins Leben zu rufen. Ihr Verfall ist seit Jahren offensichtlich, und der V. RGI-Kongreß hat auch hier den Mitgliederrückgang festgestellt. Im Frühjahr 1929 spaltete sich die "rote" tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung; ein Teil ist in den Schoß der freien Gewerkschaftsbewegung zurückgekehrt; der Rest soll Ende 1931 72.000 Mitglieder gezählt haben (1927: 196.500).
In England hat die RGI so gut wie gänzlich den Boden verloren. Bereits auf dem V. Kongreß wurde eine völlige Misere der englischen "Minderheitsbewegung" festgestellt; Heckert sprach hier von 300 bis 500 (nicht 300- bis 500-Tausend!) Mitgliedern (und 1927 sollten es 800.000 gewesen sein). Seit dem V. Kongreß hat sich die Lage nicht gebessert, und im Dezember 1931 wurde die englische Minderheitsbewegung als "das schwächste Glied in der RGI" bezeichnet (Losowsky). - Es

erübrigt sich, an dieser Stelle auf die sonstigen europäischen Sektionen der RGI näher einzugehen, es seien hier nur kurz die Zahlen der RGI-Anhänger in einer Reihe von Ländern angeführt, soweit sie für Ende 1931 vorliegen:

Polen	45.000	(1927: 100.000)
Italien	5.000	
Rumänien	6.200	
Bulgarien	7.390	

Außerhalb Europas bildete eine Zeitlang die Bewegung in China den Stolz der RGI.Diese Zeiten sind vorbei. Die Bewegung, die einst nahezu 3 Millionen Mitglieder zählen sollte, ist nach dem Bericht zum V. Kongreß auf 60.000 zusammengeschmolzen (es liegen auch andere, ebenfalls offiziöse kommunistische Angaben vor, die viel ungünstiger lauten). Ende 1931 sollten wiederum in den Gebieten, die von den chinesischen "roten Armeen" besetzt sind, die "roten" Gewerkschaften hunterttausend Mitglieder zählen. Ob es sich dabei wirklich um halbwegs fest organisierte Gewerkschaften handelt, ist in Anbetracht des agrarischen Charakters der chinesischen "Sowjetgebiete" und des hier zur Zeit lodernden Bürgerkrieges stark zu bezweifeln.

In den Vereinigten Staaten Amerikas soll die Liga für Gewerkschaftseinheit Ende 1931 27.000 Mitglieder zählen (1927 schätzte die RGI die Zahl ihrer Anhänger in Amerika auf 265.000).
In Japan sollten Ende 1931 15.000 Gewerkschaftsmitglieder unter den RGI-Fahnen stehen (1927: 60.000).
In Indien hat die RGI fast gänzlich ausge-

Australien (1927: 130.000) hat die Verbindungen mit der RGI abgebrochen.
Von den Erfolgen in Latein-Amerika, der Hoffnung der RGI nach den Mißerfolgen in China, läßt sich in der RGI-Presse in der neuesten Zeit fast nichts vernehmen.

Zusammenfassend kann man die Zahl der organisierten RGI-Mitglieder in der ganzen Welt außerhalb der Sowjet-Union auf höchstens eine Million schätzen. Die RGI ist und bleibt nichts anderes als die Gewerkschaftsinternationale der russischen Gewerkschaften mit einem nicht unbedeutenden politischen Einfluß außerhalb der Sowjet-Union, aber mit einem äußerst geringen organisatorischen Anhang.

Für die Beurteilung der RGI als einer gewerkschaftlichen Internationale ist es von Bedeutung, ihren Bestand nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu betrachten: Inwiefern kann sich die RGI-Sektion gewerkschaftlich durchsetzen und bewähren?

Die innere Schwäche der "revolutionären Gewerkschaftsbewegung", wie sie von der RGI aufgezogen wird, wurde in der Entschließung des V. Kongresses über "die Weltkrise, den Wirtschaftskampf und die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung" ziemlich unverblümt zugegeben: "Man muß sich voll und klar der subjektiven Ursachen unserer Schwächen und Mängel klar werden, die in schlechter Arbeit verwurzelt sind. Die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Betriebe hat in dieser Zeit (d. h. zwischen dem IV. und dem

V. Kongreß) nachgelassen, ebenso wie die Arbeit der revolutionären Opposition in den reformistischen Gewerkschaften. Die Streikkämpfe gingen oft ohne Zutun der RGI-Anhänger vor sich und fanden sie unvorbereitet. Die Behandlung der streikenden Massen war oft oberflächlich agitatorisch". "Die leitenden Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verzerrten oft die Selbstkritik, indem sie den unteren Funktionären und den Arbeitermassen die ganze Verantwortung für die in der Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung begangenen Fehler in die Schuhe schoben, indem sie sich von der Masse isolierten, ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß entzogen und an die Stelle der innergewerkschaftlichen Demokratie Kommandomethoden setzten." Bei der Begründung dieser Entschließung hat Losowsky ein ganzes Register "unserer Schwächen und Mängel" aufgestellt, aus dem hier die wichtigsten Punkte angeführt werden sollen:

1. Zurückbleiben der Organisationen hinter der Kampfstimmung der Massen. Dies ist wohl die in unseren Organisationen am meisten verbreitete Krankheit. Es kamen viele Fälle vor, in denen die Unzufriedenheit der Arbeiter unseren Organisationen nicht zum Bewußtsein kam und die Streiks unverhofft für die in den Betrieben vorhandenen Mitglieder der revolutionären Verbände und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausbrachen. Solcher Fälle kann man aus der Streikbewegung Frankreichs, Deutschlands, der

Vereinigten Staaten, Englands usw. Hunderte anführen. Das ist eine der wundesten Stellen unserer gesamten Arbeit.

2. Schlechte Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe und Verlaß auf Spontaneität. Unsere Organisationen beginnen, an den Streik zu denken, wenn die Ereignisse bereits einen akuten Charakter angenommen haben.

3. Ernennung von Streikleitung (d. h. deren Einsetzung von oben) oder Wahl derselben durch eine geringe Anzahl von Arbeitern.

4. Mangelnde Einsicht in die Rolle und Bedeutung der Streikleitungen und ihre Isolierung von den streikenden Arbeitern durch unsere Schuld. Ist die Streikleitung ernannt, so fühlt sie sich nicht verantwortlich vor den Streikenden. Deshalb kann man in der Praxis der letzten Jahre Streiks sehen, bei denen die Streikleitung "Befehle" erließ, ohne sich um die Stimmungen in den Massen zu kümmern.

5. Ungenügend überlegtes Verhalten zu den Forderungen; Ausarbeitung von Forderungen im engen Kreise leitender Personen. Das ist einer unserer wichtigsten Mängel. Häufig geben wir uns dem Glauben hin, es genüge, bloß Forderungen abzudrucken und zum Streik aufzufordern, und die Arbeiter werden unverzüglich unserer Aufforderung nachkommen.

7. Gewaltsame Maßnahmen gegenüber den rückständigen Schichten des Proletariats, nicht Überzeugung, sondern Befehle.

9. Unvermögen, rechtzeitig, organisiert den Streik einzustellen, und Verschleppung des Streiks bis zur vollkommenen Zersetzung und Desorganisierung der Streikenden. Besser ist es, rechtzeitig den Rückzug anzutreten, als es bis zu einer schweren Niederlage kommen zu lassen. Von Wichtigkeit ist es, geordnet den Rückzug anzutreten, den Einfluß auf die Massen zu bewahren und mit den Vorbereitungen zu einem neuen Kampf zu beginnen. Dies ist eine sehr schwere Kunst, aber sie muß erlernt werden.

10. Kopflosigkeit vor den Unternehmern und Unvermögen, Verhandlungen mit Nachdruck zu führen.

"Ich könnte diese Aufzählung noch weiter fortsetzen", fügte Losowsky hinzu, "aber das Gesagte genügt. Nehmen wir die Streiks in Europa und Lateinamerika, min Japan oder in den Vereinigten Staaten, in Spanien oder in Brasilien, in Norwegen oder in Paraguay, so finden wir in den verschiedensten Ländern und in verschiedenen Kombinationen die von mir aufgezählten Mängel."

Eine solche Gewerkschaftspraxis und die organisatorische Schwäche der RGI sind Erscheinungen, die sich gegenseitig bedingen.

7. LITERATUR

A) RGI-Schriften:

Die wichtigsten Quellen zur Orientierung über die Entwicklung der RGI bilden die Protokolle der RGI-Kongresse, die Berichte des Vollzugsbüros für die Kongresse und die Halbmonatsschrift (früher Monatsschrift) "Die Rote Gewerkschaftsinternationale". Von den Kongreßprotokollen sind die ersten zwei Kongresse in deutscher Sprache nicht aufzutreiben, obgleich sie (wie verlautet) auch deutsch erschienen sind. Die Entschließungen der Kongresse liegen (jeweils in Broschürenform) auch für die ersten Kongresse vor. Für den I. Kongreß liegen ferner in deutscher Sprache vor:

A. Losowsky: Aufgaben und Taktik der Roten Gewerkschaftsinternationale, Bibl. der RGI, Bd. 2, Berlin 1921 (mit der Entschließung des Kongresses)

Rosmer und Tom Mann: Die Beziehungen zwischen der RGI und der KI, Bibl. der RGI, Bd. 3, Berlin 1921 (mit der Entschließung des Kongresses)

Ziperowitsch und Heckert: Produktionskontrolle und Betriebsräte, Bibl. d. RGI, Bd. , Berlin 1922 (mit der Entschließung des Kongresses)

Von den Berichten für die Kongresse sind in deutscher Sprache zu haben:

Bericht des Vollzugsbüros der RGI an den II. Kongreß der revolutionären Gewerkschaften in Moskau (November 1922)

Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924 bis 1927. Bericht des Vollzugsbüros der RGI an den IV. Kongreß in Moskau (Berlin 1928)
Den wesentlichen Inhalt des Berichtes für den I. Kongreß findet man in der Broschüre:
A. Losowsky: Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände, Bibl. der Kommunistischen Internationale, Heft 10 (Hamburg 1921)
Von den sonstigen RGI-Schriften sind hervorzuheben:
A. Losowsky: Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschaftsinternationale, Bibl. der RGI, Bd. 5 (Berlin 1921)

A. Losowsky: Die internationale Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege (Berlin 1924)
A. Losowsky: Der Streik. Fünf Vorträge, gehalten an der Lenin-Schule zu Moskau (Berlin 1930, in derAAnlage die Entschließung der Straßburger Konferenz von Januar 1930)
A. Losowsky: Zehn Jahre RGI (Berlin 1930)
J. Jusefowitsch: Vor dem V. Kongreß der RGI (Berlin 1930)
Protokoll der 4. Session des Zentralrates der RGI (März 1926) (Berlin 1926)
Protokoll der 6. Session des Zentralrates der RGI (Dezember 1929) (Berlin 1930)
S. Sorbonski: Zehn Jahre RGI in Entschließungen, Dokumenten und Zahlen. Verlag des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjet-Union (Moskau 1930, russisch)

B) Sonstige Schriften:
Lewis L. Lorwin: Die Internationale der Arbeit. Geschichte und Ausblick. (Verlag des

Institute of Economics Washington D. C., Berlin 1930)
Paul Olberg: Die Rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung (Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1930)
Salomon Schwarz: Zwei Kongresse (Materialien zum Problem der Einheitsfront), (Gewerkschafts-Zeitung 1924, Nr. 45); Der IGB und die russischen Gewerkschaften (GZ 1924, Nr. 49); Die Krise der kommunistischen internationalen Gewerkschaftspolitik (GZ 1926, Nr. 21 und 22); Der englisch-russische gewerkschaftliche Ausschuß (GZ 1925, Nr. 18); Ein Nachwort zur englisch-russischen Konferenz (GZ 1925, Nr. 23); Das Siechtum des englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschusses (GZ 1927, Nr. 46); Die russischen Gewerkschaften und der Internationale Gewerkschaftsbund (GZ 1927, Nr. 37 und 38); Der IV. Kongreß der RGI, der Kongreß des Niederganges (GZ 1928, Nr. 18 und 20); Die "roten" Gewerkschaften in China (GZ 1930; Nr. 37); Bilanz kommunistischer Gewerkschaftspolitikm(GZ 1930, Nr. 41 und 42); Programm und Ziel der neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitik (GZ 1930, Nr. 50) (vgl. auch Artikel Rußland)

KORSCH

Institute of Economics Washington D. C., Berlin 1930)
Paul Olberg: Die Rote Gewerkschaftsinternationale und die europäische Gewerkschaftsbewegung (Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1930)
Salomon Schwarz: Zwei Kongresse (Materialien zum Problem der Einheitsfront), (Gewerkschafts-Zeitung 1924, Nr. 45); Der IGB und die russischen Gewerkschaften (GZ 1924, Nr. 49); Die Krise der kommunistischen internationalen Gewerkschaftspolitik (GZ 1926, Nr. 21 und 22); Der englisch-russische gewerkschaftliche Ausschuß (GZ 1925, Nr. 18); Ein Nachwort zur englisch-russischen Konferenz (GZ 1925, Nr. 23); Das Siechtum des englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschusses (GZ 1927, Nr. 46); Die russischen Gewerkschaften und der Internationale Gewerkschaftsbund (GZ 1927, Nr. 37 und 38); Der IV. Kongreß der RGI, der Kongreß des Niederganges (GZ 1928, Nr. 18 und 20); Die "roten" Gewerkschaften in China (GZ 1930; Nr. 37); Bilanz kommunistischer Gewerkschaftspolitikm(GZ 1930, Nr. 41 und 42); Programm und Ziel der neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitik (GZ 1930, Nr. 50) (vgl. auch Artikel Rußland)

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES MARXISMUS IN DER SOGENANNTEN "GEWERKSCHAFTSFRAGE"

von Karl Korsch

> "Man hat viele Untersuchungen angestellt, um den verschiedenen Phasen nachzuspüren, welche die Bourgeoisie von der Stadtgemeinde an bis zu ihrer Konstituierung als Klasse durchlaufen hat. Aber wenn es sich darum handelt, sich genaue Rechenschaft abzulegen über die Streiks, Koalitionen und die anderen Formen, unter welchen die Proletarier vor unseren Augen ihre Organisation als Klasse vollziehen, so werden die einen von einer wirklichen Furcht befallen, während die anderen eine transzendentale Geringschätzung an den Tag legen."
>
> MARX, Elend der Philosophie, S. 162

In der bisherigen Diskussion der sogenannten "Gewerkschaftsfrage", wie sie besonders in der letzten Periode, in der Zeit nach dem Kriege, zwischen den verschiedenen, sich in dieser Frage gegenüberstehenden Richtungen der Arbeiterbewegung geführt worden ist, haben gewöhnlich beide Seiten den gleichen Fehler begangen, daß sie die "Gewerkschaftsfrage" hauptsächlich organisatorisch stellten. Sie stritten über den Wert oder Unwert der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen und der ihnen von ihren Gegnern gegenübergestellten neuen Organisationsformen, statt zuerst politisch das Wesen und

die Bedeutung der gewerkschaftlichen Kämpfe und von hier aus dann auch das Verhältnis zu den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen zu bestimmen.
Auf dieser oberflächlichen und falschen, völlig unmarxistischen Grundlage wurde lange Zeit hindurch und wird teilweise noch bis in die neueste Zeit von der einen Seite, den angeblich äußerst "revolutionären" Gewerkschaftsfeinden, die Behauptung vertreten, daß die Gewerkschaften zwar in der früheren Periode der "friedlichen, organischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft" imstande gewesen wären, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die materielle Wohlfahrt der Arbeiter zu vermehren, daß sie aber in der jetzigen Periode, wo die Entwicklung der kapitalistischen Gesell - schaft in ihre kritische Phase eingetreten sei, hierzu nicht mehr imstande wären und daß sie deshalb heute als überaltert und unbrauchbar zu verwerfen seien. Es ist aber sehr leicht zu sehen, daß die mit solchen Gründen gegen den gewerkschaftlichen Reformismus zu Felde ziehenden "revolutionären" Gewerkschaftsfeinde in Wirklichkeit mit ihren Gegnern, den Reformisten, grundsätzlich auf dem gleichen Boden stehen und also in Wahrheit nur "umgestülpte Reformisten" sind. Sie verneinen den Wert der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen aus ganz demselben Grunde, aus dem er von den Reformisten bejaht wird. Sie machen ihre Stellung zu den Gewerkschaften abhängig von der Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit dieser Organisationen für den Zweck, die materiellen Interessen der Arbeiter in der bestehenden kapitalistischen Gesellschafts-

ordnung wahrzunehmen. Siemgleichen hierin vollständig jenen angeblich ebenfalls sehr "revolutionären" Antiparlamentariern, die die Beteiligung an Wahlen und Parlamenten ablehnen aus dem Grunde, weil auf diesem Wege im kapitalistischen Staat "heute" keine positiven Vorteile für die Arbeiter mehr zu gewinnen wären.

All diese "Revolutionäre", die ihre grundsätzliche Gewerkschaftsfeindschaft und ihren grundsätzlichen Antiparlamentarismus dergestalt "begründen", müßten also konsequenterweise ihre ganze Gewerkschaftsfeindschaft und ihren ganzen Antiparlamentarismus preisgeben, wenn ihnen von den rechten Reformisten bewiesen wird,oder sie sich selbst davon überzeugen, daß die kapitalistische Gesellschaft sich heute ganz oder teilweise wieder einem Zustande annäherte, wo sie wiederum imstande wäre, dem Proletariat die Bedingungen seiner proletarischen Existenz zu sichern und sie hie und da auch wieder zeitweilig um ein weniges zu "verbessern".

Man darf, wenn man sich daran erinnert, in welchem Maße nicht nur die KPD, die Komintern und Profintern von ehedem, sondern ganz ebenso und noch schlimmer auch solche Richtungen, wie die KAP und AAU von heute, in ihrem Kampf gegen den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Reformismus sich gerade auf diese oberflächlichen und falschen Argumente gestützt haben und noch stützen,füglich sehr gespannt darauf sein, ob nicht jetzt, nachdem auf der letzten Reichskonferenz der AAU zu Ostern 1927 der den Standpunkt der Mehrheit vertretende Referent ausdrücklich "festgestellt" hat, daß "wir uns

einer Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber befinden, der wir uns anpassen müssen" (KAZ Nr. 30), am Ende auch der gewerkschaftliche und parlamentarische "Antireformismus" der KAP zwangsläufig den gleichen "Entwicklungs"-prozeß durchlaufen wird, durch den sich auch der einstmalige Antireformismus der KPD, der Komintern und der Profintern inzwischen schon lange wieder in den alten waschechten Reformismus der Amsterdamer und der Zweiten Internationale, aus dem er dereinst durch einfache Umkehrung entsprungen war, zurückverwandelt hat ...

Im scharfen Gegensatz zu diesen oberflächlichen und falschen Ansichten der echten und der "umgestülpten" Reformisten geht die wirklich revolutionäre und marxistische Fragestellung in der sogen. "Gewerkschaftsfrage" nicht aus von der Stellungnahme zu den verschiedenen bestehenden oder vorgeschlagenen gewerkschaftlichen Organisationen, wie immer sie sich nennen ("Freie Gewerkschaften", "Revolutionäre Industrieverbände", "Unionen" usw.), sondern von der MARXschen Lehre über die unbedingte Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, als der ökonomischen Erscheinungsform des revolutionären proletarischen Klassenkampfes. Nach der Marxschen Auffassung besteht der wirkliche Zweck der ökonomischen Kämpfe, die die Arbeiter zur Verteidigung und "Verbesserung" ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen und immer führen müssen, von Anfang an und auch heute nicht in den mehr oder weniger "positiven" "Erfolgen", die damit für die Arbeiter innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ge-

sellschaftsordnung und ihres Staates "herausgeholt" werden konnten und können, sondern in der durch diese Kämpfe und vermittels ihrer in Sieg und Niederlage sich vollziehenden Bildung des Proletariats zur Klasse.

Die Marxisten wissen, daß der unmittelbare revolutionäre Kampf der zu einem vollen politischen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe aufgestiegenen proletarischen Klasse nicht am Anfang, sondern erst am Ende einer langwierigen und von häufigen Rückschlägen unterbrochenen Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes steht und daß in den geschichtlichen Perioden, die diesem unmittelbaren revolutionären Endkampf vorausgehen und ihn unterbrechen, gerade die - in ihrer unmittelbaren Erscheinung weder politischen noch revolutionären - sogenannten "ökonomischen" Kämpfe den grundlegenden und wichtigsten Bestandteil der in ihrem Endresultat revolutionären wirklichen Klassenpolitik des Proletariats ausmachen. Diese von den Arbeitergewerkschaften - oder unter Umständen auch ohne oder gegen sie - geführten Kämpfe der Arbeiter gegen die ökonomische Macht des Kapitals sind also ihrem Klassenwesen nach ganz ebenso politische Kämpfe, wie die von den sogenannten Arbeiterparteien - und unter Umständen ebenfalls ohne oder gegen sie - geführten Kämpfe der Arbeiter gegen die politische Macht des Kapitals, den bürgerlichen Staat. Und erst durch die Verschmelzung beider Kampfformen zu dem vollentwickelten, einheitlichen, ökonomischen und politischen, revolutionären Klassenkampf des Proletariats, der die ökonomische und politische Machtorganisation der Bourgeoi-

sie zerschlägt, und an ihrer Stelle die Staats- und Wirtschaftsmacht der revolutionären Arbeiterklasse, die revolutionäre Klassendiktatur des Proletariats errichtet, wird endlich jener wirkliche Zweck erreicht, auf den auch all die isolierten "ökonomischen" und "politischen" Teilkämpfe der vorhergehenden Periode, die in der äußeren Erscheinung andere Zwecke zu verfolgen schienen, in Wahrheit allein abzielten: die Konstituierung des Proletariats als Klasse. Aus dieser marxistischen Grundeinstellung zu den sogenannten "ökonomischen" Kämpfen der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ergibt sich folgerichtig auch das Verhältnis der Marxisten zu den aus diesen Kämpfen heraus entstehenden und für ihre bessere Vorbereitung, Organisierung und Durchführung bestimmten, sei es zeitweilig, sei es dauernd aufrechterhaltenen Koalitionen, den sogenannten "Gewerkschaften". Im schroffen Gegensatz zu der heute in dem einen wie dem anderen Lager eingebürgerten metaphysischen Auffassung, die die verschiedenen bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen als lauter metaphysische Subjekte, und die einzelnen Kämpfe um Lohn, um Arbeitszeit usw. als die von diesen Subjekten ausgeübte Tätigkeit ansieht, die zugleich eine mechanische Trennungslinie zieht zwischen den "Gewerkschaften" und deren "ökonomischen" Aktionen einerseits und den "Parteien" und deren "politischen" Aktionen andererseits, besteht die dialektische Auffassung des Marxismus darin, alle diese wechselnden Erscheinungen im Flusse ihrer Bewegung und Entwicklung und in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu begreifen. Nebeneinander nennt Karl Marx "die

Streiks,Koalitionen und die anderen Formen", unter welchen die Proletarier vor unseren Augen "ihre Organisation als Klasse vollziehen". Und er stellt fast in ein und demselben Atemzug die beiden für die vulgäre metaphysische Auffassung höchst widerspruchsvollen Behauptungen nebeneinander auf: "Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz" und "Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf".

Nur im Wege einer folgerichtigen Durchführung dieser marxistischen, dialektischen und revolutionären Auffassung des Verhältnisses zwischen dem gewerkschaftlichen Kampf und seiner Organisation, zwischen Ökonomie und Politik, Gewerkschaft und Partei, die in der Theorie und Praxis der marxistischen Epigonen bis auf geringe Überbleibsel verloren gegangen und nur von der einzigen Rosa Luxemburg in ihren wesentlichsten Zügen festgehalten worden ist, ist es möglich,zu einer Bestimmung der konkreten Stellung zu gelangen, die wir als revolutionäre Marxisten zu den verschiedenen heute geschichtlich bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen einzunehmen haben, und zu den konkreten Aufgaben, die wir als wirkliche Kommunisten in diesen Organisationen und über ihren Rahmen hinaus und gegen sie zu erfüllen haben. Diese aktuellen Konsequenzen des streng festgehaltenen marxistischen Standpunktes in der "Gewerkschaftsfrage" für unsere kommunistische Gewerkschaftspolitik und Taktik sollen in einem zweiten Artikel genauer entwickelt werden. Für heute begnügen wir uns mit der Aufzeigung der beiden wichtigsten Konsequenzen.

Wir haben schon im bisherigen festgestellt: Nicht die Gewerkschaft erzeugt die Klassenkämpfe, sondern umgekehrt, aus den Klassenkämpfen entspringt, im Dienste dieser Kämpfe, die über den unmittelbaren Anlaß hinaus fortdauernde Koalition der kämpfenden Arbeiter, die Gewerkschaft. Niemals darf ein Marxist, der sich dieses wirklichen Zusammenhangs bewußt geworden ist, darauf verzichten, fortwährend den schärfsten Kampf zu führen gegen die innerhalb jeder bestehenden gewerkschaftlichen Organisation unvermeidlich wirksame und heute auch von den beiden sogenannten Arbeiterparteien (der SPD und der KPD) tatsächlich geförderte und unterstützte Tendenz, die darauf hinaus - läuft, nach Möglichkeit alle ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse unbedingt in den "Rahmen der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen" einzuschränken. Jeder Kommunist wird, wie die Organisation überhaupt, so besonders auch die gewerkschaftliche Organisation als einen wichtigen Hebel zur Vermehrung und Steigerung der Klassenkampfkraft des Proletariats grundsätzlich anerkennen. Aber zugleich mit dieser grundsätzlichen Anerkennung muß jeder wirkliche Kommunist, jeder revolutionäre Marxist jederzeit rücksichtslos eintreten auch für alle die anderen Formen, in denen zu jeder Zeit und besonders in den Zeiten verschärfter Klassenkämpfe, auch der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinauswächst und ihn sprengt. Gleich wichtig, und unter Umständen wichtiger als der schnurgerechte, nach bewährter traditioneller Regel durchgeführte "Kampf" der Gewerkschaften, ist unter

dem Gesichtspunkt des eigentlichen und wirklichen, klassenmäßigen und revolutionären Zwecks aller von den Arbeitern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates geführten Kämpfe auch der Kampf der Unorganisierten in seinen mannigfachen Formen, von der unmittelbaren persönlichen Beeinflussung der Klassengenossen im Betrieb bis zur Bildung der verschiedenen Arten von vorübergehenden und dauernden Komitees und Ausschüssen. Ebenso notwendig für die Führung und Steigerung der Klassenkämpfe ist nach allen in der letztvergangenen Periode der Arbeiterbewegung geschöpften Erfahrungen auch die über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausschreitende selbständige Betriebsräte- und Vertrauensleutebewegung. Von allergrößter Bedeutung ist für den gegenwärtigen Klassenkampf des Proletariats vor allem auch der von allen wirklichen Kommunisten mit allen Mitteln zu fördernde Klassenkampf der Erwerbslosen und die "Verankerung" dieses Kampfes nicht nur in irgendwelchen "gewerkschaftlichen" Erwerbslosenausschüssen, sondern in dem festen organisatorischen Zusammenschluß aller Erwerbslosen, dieses heute ohne jeden Zweifel am meisten ausgebeuteten Teiles des Proletariats, um ihre selbstgewählten und untereinander und mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten zu unverbrüchlicher, revolutionärer Klasseneinheit zusammengeschlossenen Erwerbslosenräte.

Die andere wichtige Konsequenz, die sich aus der strengen Durchführung des marxistischen Standpunktes für unsere kommunistische Gegewerkschafts-Politik und -Taktik ergibt, betrifft das Verhältnis zu den sogenannten

"Freien" Gewerkschaften (Amsterdam) und zu den im Schoße dieser Amsterdamer Gewerkschaften auftretenden, angeblichen oder wirklichen, "revolutionären" Oppositionsbewegungen einerseits, und zu den diesen Freien Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern (Frankreich, Tschechoslowakei, Holland und - wenn auch hier heute nur in geringer Stärke - Deutschland) bereits gegenüberstehenden "Selbständigen" oder sogenannten "Revolutionären" Industrieverbänden, Unionen usw.

Wir wissen als Marxisten, daß das gleiche dialektische Gesetz der Geschichte, welches allenthalben die Formen, innerhalb deren sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte bewegen, mit der Zeit unvermeidlich aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben umschlagen läßt, mit seiner vollen Gewalt auch für jene "größte Produktivkraft" gilt, die nach dem bekannten Satz von Marx "die revolutionäre Klasse selbst" darstellt. Auch die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die aus den Kämpfen der Arbeiterklasse in der Vergangenheit ihren heutigen Inhalt und ihre heutige Form empfangen haben - und insbesondere also auch die stärkste und massenhafteste dieser Organisationen, die im Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam zusammengeschlossenen sogenannten "Freien Gewerkschaften" - haben diese Dialektik der Geschichte an ihrem eigenen Leibe erfahren. Sie sind - entstanden als Formen zur Organisierung, zur Steigerung und Entwicklung der Klassenkampfkraft des Proletariats gegenüber dem Kapital - in ihrer weiteren Entwicklung schon längst und unwiderruflich zu Fesseln

dieser Klassenkampfkraft umgeschlagen. Daraus folgt für alle wirklichen Kommunisten die auch heute und gerade heute erst recht fortbestehende Gültigkeit jenes dialektischen und revolutionären, marxistischen Prinzips, durch das vor sieben Jahren der Zweite Weltkongreß allen Kommunisten, die der revolutionären kommunistischen Weltpartei angehören wollten, vorschrieb, daß

> "die Kommunisten, da sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats."

Man messe mit diesem Maßstabe die heutige "neue gewerkschaftliche Politik" der Komintern und der KPD. Man fälle danach das marxistische Urteil über die gesamte Politik und Taktik der sogenannten Gewerkschafts-"Eroberung" und "Revolutionierung" und das ganze Geschrei nach der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der sogenannten "Gewerkschaftseinheit". Man entscheide danach, ob angesichts des heutigen Zustandes in den Freien Gewerkschaften eine konsequent marxistische, wirklich kommunistische Arbeit in diesen Gewerkschaften möglich ist, ohne die

geschichtliche Perspektive auf die unvermeidliche Spaltung, ohne die praktische Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit, schon die gegenwärtige k o m m u n i s t i s c h e Arbeit in den Freien Gewerkschaften zu ergänzen durch die positive Förderung einerseits aller revolutionären Oppositions- und sogenannten "Linken-Flügel"-Bewegungen,,die innerhalb der Freien Gewerkschaften hervortreten, andererseits auch aller der neuen gewerkschaftlichen Organisationen, die sich bereits in der Vergangenheit im Kampfe gegen die reformistische und offen klassenverräterische Politik dieser Amsterdamer Gewerkschaften im Wege der erzwungenen oder freiwilligen Abspaltung von ihnen losgetrennt haben.

Schwarze Presse

Erzeugnisse

Georg Lukács
Wissenschaftl. Intelligenz, Schulung,
Organisationsfrage
Frühe Aufsätze 1919—21, 106 S., 3,50 DM

Friedrich Engels
Konspekt über »Das Kapital«, 54 S., 1,- DM

Max Nettlau
Michael Bakunin, Selbstzeugnisse,
Dokumente, 56 S., 2,50 DM

Rudi Dutschke
Ausgewählte u. kommentierte Bibliographie des
revolutionären Sozialismus von K. Marx bis zur
Gegenwart, 50 S., 1,80 DM

Franz Petry
Der soziale Gehalt der marxschen Werttheorie
74 S., 3,50 DM

Negt, Krahl, Roth, Schmierer
Strategie- & Organisationsdebatte, 106 S., 3,— DM
INFO—Sondernummer

Spartakus

Verlag/Vertrieb/Versand GmbH & Co KG
2 Hamburg 13, Von—Melle—Park 17, Tel. 0411/417484
liefert aus

Deutsche Erstausgabe

Staatlichkeit und Anarchie

Michael Bakunin

15.–

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution." (Karl Korsch an R .Rosdolsky, 1. 6. 1951).
Das Buch Bakunins, von dem Korsch so begeistert schreibt, ist STAATLICHKEIT UND ANARCHIE. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verweisen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning. Der Plan von Karl Korsch, STAATLICHKEIT UND ANARCHIE herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk STAATLICHKEIT UND ANARCHIE den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konspekt von Bakunins STAATLICHKEIT UND ANARCHIE, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik am AUTORITÄREN KOMMUNISMUS der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des ANTIAUTORITÄREN KOMMUNISMUS d.Anarchisten geben. So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht:

ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE
PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS
VOLKSKRIEG U. VOLKSREVOLUTION
KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS
POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION
DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT

[illegible]
„Der mit dem Anarchismus bei Bakunin zum Beispiel war mir länger bekannt und ebenso, daß sie gegen [illegible] Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben." (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)
In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von STAATLICHKEIT UND ANARCHIE analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen. Als Anhang wird der Marx'sche Konspekt von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Ogarijow, Engels und Marx abgedruckt. Aus finanziellen u. drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine SUBSKRIPTION des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

links
Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken international.
„links" ist illusionslos, undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

kollektiv

VERLAG

Reihe: Gewerkschaften

1 A. Rosenberg

KOMMUNISMUS UND DIE KOMMUNISTISCHEN GERWERKSCHAFTEN

2 K. Korsch · S. Schwarz

ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE

MARXISMUS UND DIE GEWERKSCHAFTS-FRAGE

3 N. Auerbach

MARX UND DIE GEWERKSCHAFTEN

4 W. Koch

DIE RUSSISCHEN GEWERKSCHAFTEN